

Niederschrift

Gremium	Sitzung - SR/030(V)/11			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Stadtrat	Donnerstag, 03.03.2011	Ratssaal	14:00Uhr	21:00Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Bestätigung des Beschlussprotokolls der 29. (V) Sitzung des Stadtrates am 27.01.11
- 4 Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5 Beschlussfassung durch den Stadtrat
- 5.1 Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Jahresabschlussprüfung des Geschäftsjahres 2010 der WOHNEN UND PFLEGEN
MAGDEBURG gemeinnützige GmbH
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen DS0573/10

5.2	Trans-Reflex. Künstlerische Fassadengestaltung am Westbau (Architektur 1966) des Kunstmuseums Magdeburg BE: Bürgermeister	DS0571/10
5.2.1	Trans-Reflex. Künstlerische Fassadengestaltung am Westbau (Architektur 1966) des Kunstmuseums Magdeburg Fraktion CDU/BfM	DS0571/10/1
5.2.2	Trans-Reflex. Künstlerische Fassadengestaltung am Westbau (Architektur 1966) des Kunstmuseums Magdeburg Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!	DS0571/10/1/1
5.3	2. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 228-1 "Alt Olvenstedt" im vereinfachten Verfahren mit integrierter örtlicher Bauvorschrift und Auslegung des Entwurfs BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0373/10
5.4	Widmung von Verkehrsflächen im B-Plan-Gebiet 267-1B "Klusdamm/ Thomas-Mann-Straße" zu Gemeindestraßen BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0521/10
5.5	Entwurf und öffentliche Auslegung des einfachen Bebauungsplanes Nr. 134-5 "Lübecker Straße/Gröperstraße" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0546/10
5.6	Satzung über eine erneute Veränderungssperre zum Bebauungsplan Nr. 134-5 "Lübecker Straße/Gröperstraße" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0582/10
5.7	Abwägung zum Bebauungsplan Nr. 134-7 "Lübecker Straße 2/ Insleber Straße" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0588/10
5.8	Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum B-Plan Nr. 134-7 "Lübecker Straße 2/ Insleber Straße" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0589/10
5.9	Namentliche Benennung der Vertreter der Landeshauptstadt Magdeburg in der Arbeitsgemeinschaft zur Gestaltung der ländlichen Entwicklung beim Amt für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten (ALFF) Mitte BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0575/10
6	Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge	
6.1	Haushaltsplan 2011 - Haushaltsausgabereste Fraktion Bündnis 90/Die Grünen WV v. 13.12.10	DS0414/10/7
6.1.1	Haushaltsplan 2011 - Haushaltsausgabereste Fraktion Bündnis90/Die Grünen	DS0414/10/7/1

6.1.2	Haushaltsplan 2011 - Haushaltsausgabereste FDP-Fraktion WV v. 13.12.10	DS0414/10/28
6.1.3	Haushaltsplan 2011 - Haushaltsausgabereste	S0333/10
6.2	Lebensqualität und Urbanität Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! WV v. 25.03.10	A0036/10
6.2.1	Lebensqualität und Urbanität Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr	A0036/10/1
6.2.2	Lebensqualität und Urbanität	S0080/10
6.3	Adelheid-Plakette für soziales Engagement Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! WV v. 16.09.10	A0125/10
6.3.1	Adelheid-Plakette für soziales Engagement Ausschuss für Familien und Gleichstellung	A0125/10/1
6.3.2	Adelheid-Plakette für soziales Engagement Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!	A0125/10/2
6.3.3	Adelheid-Plakette für soziales Engagement Fraktion DIE LINKE	A0125/10/3
6.3.4	Adelheid-Plakette für soziales Engagement	S0242/10
6.4	Antrag Subsidiarität Jugendhilfeausschuss WV v. 14.10.10	A0131/10
6.4.1	Antrag Subsidiarität Jugendhilfeausschuss	A0131/10/1
6.4.2	Antrag Subsidiarität Verwaltungsausschuss	A0131/10/1/1
6.4.3	Antrag Subsidiarität Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!	A0131/10/1/2
6.4.4	Antrag Subsidiarität	S0285/10

6.5	Russisch-Orthodoxe Kirche Interfraktionell WV v. 14.10.10	A0132/10
6.5.1	Russisch-Orthodoxe Kirche Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr	A0132/10/1
6.5.2	Russisch-Orthodoxe Kirche Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten	A0132/10/2
6.5.3	Russisch-Orthodoxe Kirche	S0282/10
6.6	Interessenausgleich Bewohner Heinrich-Mundlos-Ring und T- Systems Interfraktionell WV v.14.10.10	A0137/10
6.6.1	Interessenausgleich Bewohner Heinrich-Mundlos-Ring und T- Systems	S0259/10
6.7	E-Mobilität in Magdeburg Fraktion CDU/BfM WV v. 14.10.10	A0142/10
6.7.1	E-Mobilität in Magdeburg Ausschuss für Umwelt und Energie	A0142/10/1
6.7.2	E-Mobilität in Magdeburg Fraktion DIE LINKE	A0142/10/2
6.7.3	E-Mobilität in Magdeburg	S0273/10
6.8	3. Oktober 2011 und Jugend im Stadtrat FDP-Fraktion WV v. 11.11.10	A0149/10
6.8.1	3. Oktober 2011 und Jugend im Stadtrat FDP - Fraktion	A0149/10/1
6.8.2	3. Oktober 2011 und Jugend im Stadtrat	S0319/10
6.9	Bushaltestelle in der Beimsstraße FDP-Fraktion WV v. 11.11.10	A0153/10
6.9.1	Bushaltestelle in der Beimsstraße Fraktion SPD - Tierschutzpartei - future!	A0153/10/1

6.9.2	Bushaltestelle in der Beimsstraße	S0303/10
6.10	Barrierefreie Gestaltung der Haltestelle Agnetenstraße Fraktion Bündnis 90/Die Grünen WV v. 11.11.10	A0161/10
6.10.1	Barrierefreie Gestaltung der Haltestelle Agnetenstraße Fraktion Bündnis90/Die Grünen	A0161/10/1
6.10.2	Barrierefreie Gestaltung der Haltestelle Agnetenstraße	S0302/10
6.11	Prüfung der verausgabten Mittel zur Dachmarkenkampagne Ottostadt Fraktion DIE LINKE WV v. 11.11.10	A0165/10
6.11.1	Prüfung der verausgabten Mittel zur Dachmarkenkampagne Ottostadt Fraktion DIE LINKE	A0165/10/1
6.11.2	Prüfung der verausgabten Mittel zur Dachmarkenkampagne Ottostadt	S0321/10
6.12	Maßnahmekatalog für Unternehmen bei Einrichtung von Umweltzonen FDP-Fraktion WV v. 27.05.10	A0068/10
6.12.1	Maßnahmekatalog für Unternehmen bei Einrichtung von Umweltzonen	S0212/10
6.13	Konkretisierung der Ziele des Verwaltungshandelns im Dezernat für Wirtschaft FDP-Fraktion WV v. 09.12.10	A0176/10
6.13.1	Konkretisierung der Ziele des Verwaltungshandelns im Dezernat für Wirtschaft FDP - Fraktion	A0176/10/1
6.13.2	Konkretisierung der Ziele des Verwaltungshandelns im Dezernat für Wirtschaft	S0025/11
	Neuanträge	
6.14	Städtebauliches Gesamtkonzept Sudenburg-Süd Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!	A0016/11

6.15	Opfer der deutschen Teilung nicht vergessen Fraktion CDU/BfM	A0019/11
6.16	Erhalt und Sanierung der Hyparschale Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!	A0021/11
6.16.1	Erhalt und Sanierung der Hyparschale Fraktionen CDU/BfM und FDP	A0021/11/2
6.16.2	Erhalt und Sanierung der Hyparschale Fraktion DIE LINKE	A0021/11/1
6.16.3	Erhalt und Sanierung der Hyparschale Fraktion Bündnis90/Die Grünen	A0021/11/3
6.17	Web2.0 - Nutzungskonzept erstellen FDP-Fraktion	A0022/11
6.18	Dankeschönveranstaltung Hochwasser FDP - Fraktion	A0023/11
6.19	Magdeburger Stadtschreiber FDP - Fraktion und Fraktion Bündnis90/Die Grünen	A0024/11
6.20	Schraffierte Verkehrsflächen für Taxen freigeben FDP - Fraktion	A0025/11
6.21	Modell Fifty/fifty für Kindertagesstätten FDP - Fraktion	A0026/11
6.22	Konzept zur Aufwertung des Sternsees in Neu Olvenstedt Fraktion DIE LINKE	A0030/11
6.23	Keine Reptilienbörsen in städtischen Gebäuden Fraktion Bündnis90/Die Grünen	A0027/11
6.24	Beitritt Magdeburgs zur UNESCO-Städtekoalition gegen Rassismus Interfraktionell	A0028/11
6.25	Landesgartenschau 2018 Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!	A0017/11
6.25.1	Landesgartenschau 2018 Fraktion Bündnis90/Die Grünen	A0017/11/1
6.26	1. Beschluss des Magdeburger Seniorenforums - Individuelle Wohnsituation Gesundheits- und Sozialausschuss	A0014/11
6.27	2. Beschluss des Magdeburger Seniorenforums - Soziale Aspekte Gesundheits- und Sozialausschuss	A0015/11

6.28	Magdeburg als Standort für die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung erhalten Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!	A0018/11
6.28.1	Magdeburg als Standort für die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung erhalten Fraktion Bündnis90/Die Grünen	A0018/11/1
6.29	Sofortprogramm Beseitigung von Winterschäden im Magdeburger Straßennetz Fraktion CDU/BfM	A0020/11
6.30	Hochschulaustauschprogramm mit Partnerstädten Fraktion DIE LINKE	A0029/11
7	Einwohnerfragestunde Gemäß § 27 Abs. 2 der Gemeindeordnung LSA führt der Stadtrat zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.	
8	Anfragen und Anregungen an die Verwaltung	
9	Informationsvorlagen	
9.1	Schülerwettbewerb zum Zeitstrahlprojekt	I0009/11
9.2	Sachstand Schiffshebewerk	I0023/11
9.3	Lehrer-Ausbildung in Magdeburg	I0313/10
9.4	Terminplan zur Erstellung der Eröffnungsbilanz (EÖB) 01.01.2010 der Landeshauptstadt Magdeburg	I0317/10
9.5	Arbeitsstand zum Beschluss Nr. 2207-74(IV)08 - Teil "Magdeburger Solarsatzung"	I0318/10
9.6	Bildungskonferenz und Regionales Übergangsmanagement	I0323/10
9.7	Stadtteilreport der Landeshauptstadt Magdeburg 2010	I0324/10

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse

Die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst eröffnet die 30. (V) Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadträtinnen und Stadträte, Ortsbürgermeister, Gäste und Mitarbeiter der Verwaltung. Sie stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Soll 56 Stadträtinnen/Stadträte

Oberbürgermeister 1

zu Beginn anwesend 38 “ “

maximal anwesend 55 “ “

entschuldigt 2 “ “

Zu Beginn der Sitzung begrüßt die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst eine Delegation aus Le Havre unter Leitung der stellvertretenden Bürgermeisterin Brigitte Dufour. Der Chor Entasis gab eine Probe seines Könnens.

Auf Antrag der FDP-Fraktion nimmt der Stadtrat durch feststellenden Beschluss zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 778-30(V)11

Herr Steffen Krausnick, wohnhaft in 39116 Magdeburg, Kürbisweg 12 wird als sachkundiger Einwohner für den Ausschuss Kommunales, Rechts- und Bürgerangelegenheiten anstelle von Herrn Sven Haller berufen.

Auf Antrag der Fraktion CDU/BfM nimmt der Stadtrat durch feststellenden Beschluss zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 779-30(V)11

Herr Christoph Kusig scheidet als sachkundiger Einwohner aus dem Gesundheits- und Sozialausschuss aus. Für ihn wird Frau Bärbel Bühnemann das Amt wahrnehmen.

Die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst gibt bekannt, dass der Oberbürgermeister in seiner Dienstberatung am 08.02.11 folgenden Antrag auf Auszeichnung nach § 7 der Ehrenbürgersatzung mit der „Stadtplakette der Landeshauptstadt“ beschlossen hat:

Autohaus Schäfer GmbH & Co. KG
 Eingereicht am 17.01.2011
 Gründungsdatum: 11.04.1936
 „Stadtplakette der Landeshauptstadt Magdeburg“ in Silber
 DS/11 – Beschluss-Nr. 027-05/11

2. Bestätigung der Tagesordnung

1. zurückgezogene TOP

Die TOP 5.7 DS0588/10 – Abwägung zum Bebauungsplan Nr. 134-7
 „Lübecker Straße 2/Insleber Straße“

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und
 Verkehr

und

5.8 DS0589/10 – Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum
 B-Plan Nr. 134-7 „Lübecker Straße 2/Insleber Straße“

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und
 Verkehr

werden durch den Oberbürgermeister von der heutigen
 Tagesordnung **zurückgezogen**.

2. Hinweise

Zum TOP 9.7 – I 0324/10 meldet Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, Redebedarf an.

Zu den TOP 9.2 – I0023/11 und 9.5 – I0318/10 meldet die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Redebedarf an.

Bezüglich der Nachfrage des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt zum weiteren Verfahren bezüglich der zurückgezogenen Drucksachen DS0588/10 und DS0589/10 informiert der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper, dass die überarbeiteten Drucksachen dem Stadtrat am 31.03.11 zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Im Ergebnis der Diskussion zum Umgang mit dem im Zusammenhang zu den o.g. Drucksachen stehenden interfraktionellen Antrag A0137/10 – TOP 6.6 beschließt der Stadtrat mehrheitlich, bei 6 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen:

Der Antrag A0137/10 wird **zurückgestellt**.

Es liegt die nichtöffentliche Anfrage F0038/11 des Stadtrates Theile, Fraktion DIE LINKE, vor.

Die geänderte Tagesordnung wird vom Stadtrat einstimmig **bestätigt**.

3. Bestätigung des Beschlussprotokolls der 29. (V) Sitzung des Stadtrates am 27.01.11
-

Redaktionelle Änderung der Verwaltung:

Auf der Seite 59 muss unter TOP 6.14 im Beschlusstext ergänzt werden:

... RWB, **UwE** und StBV.....

Redaktionelle Änderung der Fraktion DIE LINKE

Auf der Seite 12 ist im TOP 2, 5. Absatz die 3. Zeile wie folgt zu formulieren:

ausschussübergreifender Workshop der Fachausschüsse Familie und Gleichstellung, Gesundheits- und Soziales und Jugendhilfe stattfinden wird.

Auf der Seite 31 und 32 sind die Ausführungen des Stadtrates Krause, Fraktion DIE LINKE durch folgende Formulierung zu ersetzen:

Stadtrat Krause, Fraktion DIE LINKE:

„Also die Situation wurde ja schon dargestellt und ich muss sagen, wenn ich die Diskussion im Umweltausschuss sehe und auch im Bauausschuss, so war ich wirklich sehr überrascht, dass im Bauausschuss fast noch umfangreicher über diese komplizierte Situation gesprochen wurde. Es hat auch dazu geführt, das ist eigentlich ein bisschen komisch, dass ich mich ursprünglich im Umweltausschuss enthalten hatte und im Bauausschuss aufgrund auch der Diskussion und der nicht überzeugenden Argumentation der Verwaltung sogar dagegen gestimmt habe. Und auch jetzt möchte ich sagen, bin ich von der Argumentation nicht überzeugt. Es handelt sich hier um einen grünen Außenbereich bei dieser Bebauung und es wurde hier auch schon gesagt, dass wir in den zurückliegenden Jahren von Regionen in Sachsen-Anhalt überrascht worden sind, von denen man solche Überschwemmungen bisher nicht kannte, wo Gräben bisher kein Wasser geführt haben, nichts. Wenn ich die Schwarze Elster mal sehe, waren die Leute in der Region überrascht, ältere Leute kannten das bisher nicht. Die Bilder, die Sie vorhin gezeigt haben, Herr Dr. Scheidemann, ja da kann man vielleicht sagen „in Ordnung“, aber ich möchte meinen, wir haben andere Gebiete, die wir bebauen können und würde darum dafür werben, gegen dieses Vorhaben zu stimmen und ich denke, dass auch meine Fraktion bzw. die Mehrheit meiner Fraktion das genau so sieht.“

Das geänderte Beschlussprotokoll der 29. (V) Sitzung des Stadtrates wird mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und 4 Enthaltungen **bestätigt**.

4. Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Hierzu liegt eine Tischinformation vor.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, bittet darum zu prüfen, ob bei Vergabebeschlüssen im Baubereich nicht auch der Betrieb benannt werden kann, der den Zuschlag bekommen hat. Nach seiner Ansicht liegt hier ein öffentliches Interesse vor.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper sagt zu, dies zukünftig zu berücksichtigen.

5. Beschlussfassung durch den Stadtrat

- 5.1. Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Jahresabschlussprüfung des Geschäftsjahres 2010 der WOHNEN UND PFLEGEN MAGDEBURG gemeinnützige GmbH DS0573/10
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen
-

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 780-30(V)11

Die Gesellschaftervertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der WOHNEN UND PFLEGEN MAGDEBURG gemeinnützige GmbH werden angewiesen, die Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft WTR – Hedderich · Hoppe · Huskamp Partnerschaft zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2010 zu bestellen.

- 5.2. Trans-Reflex. Künstlerische Fassadengestaltung am Westbau (Architektur 1966) des Kunstmuseums Magdeburg DS0571/10
BE: Bürgermeister
-

Die Ausschüsse K und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper bringt die Drucksache DS0571/10 ein und verweist darauf, dass bei inhaltlichen Fragen die Teamleiterin des Klosters Unser Lieben Frauen Frau Dr. Laabs zur Verfügung steht.

Die Vorsitzende des Ausschusses K Frau Meinecke begründet das Votum des Ausschusses.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion nehmen Vertreter aller Fraktionen und der Verwaltung zur Drucksache DS0571/10 Stellung.

Stadtrat Frank Schuster, Fraktion CDU/BfM, legt seinen ablehnenden Standpunkt zum Vorhaben dar und merkt dabei u.a. an, dass die Maßnahme in seiner Fraktion umstritten ist.

Stadtrat Stage, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! begrüßt grundsätzlich die geführte Diskussion zu Kunst im öffentlichen Raum. Er geht im Weiteren auf die Materialbeschaffenheit von Trans-Reflex ein. Stadtrat Stage bringt den Änderungsantrag DS0571/10/1/1 ein.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, kann die Argumentation des Stadtrates Frank Schuster, Fraktion CDU/BfM, nicht nachvollziehen und spricht sich für die Annahme der Drucksache DS0571/10 aus.

Stadtrat Frank Schuster, Fraktion CDU/BfM, bringt den Änderungsantrag DS0571/10/1 ein.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper stellt klar, dass für Detailfragen oder Baugenehmigungen nicht der Ausschuss StBV zuständig ist und dieser lediglich nur informiert werden kann.

Der Vorsitzende des Ausschusses StBV Stadtrat Czogalla informiert über die geführte Diskussion im Ausschuss und kann die geforderten Informationen zu Detailfragen der Stadträte Frank Schuster, Fraktion CDU/BfM und Stage, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! nachvollziehen.

Stadträtin Dr. Hein, Fraktion DIE LINKE, hat für die vorgetragenen Bedenken des Stadtrates Frank Schuster, Fraktion CDU/BfM, Verständnis und merkt an, dass der Stadtrat sachgerecht entscheiden muss. Sie spricht sich für die Annahme der Drucksache DS0571/10 aus und unterstützt den Änderungsantrag DS0571/10/1/1 des Stadtrates Stage, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, begrüßt das Vorhaben und hält die Fragen des Stadtrates Frank Schuster, Fraktion CDU/BfM, für berechtigt. Er bittet darum, dem Votum des Ausschusses K zu folgen.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/BfM, äußert seine Bedenken bezüglich des Umganges mit dem Denkmal und deren Außenwirkung.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Hans-Jörg Schuster lehnt im Namen seiner Fraktion das Bauvorhaben ab.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, zählt das Kloster Unser Lieben Frauen zu den bedeutendsten romanischen Anlagen in Deutschland und den bekanntesten Sehenswürdigkeiten der Stadt Magdeburg. Er wehrt sich dagegen, die Geschichte hinter die Kunst zurückfallen zu lassen und hält die geplante Maßnahme ebenfalls für umstritten.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, hält die Diskussion über Kunst am Bau grundsätzlich für notwendig, kritisiert aber das Verfahren dazu.

Stadtrat Salzborn, Fraktion CDU/BfM, begründet seine Stimmenenthaltung und kann den Standpunkt des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, nachvollziehen.

Nach weiterer Diskussion widerspricht Stadtrat Rösler, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! den Anmerkungen des Stadtrates Stern, Fraktion CDU/BfM, dass es besser gewesen wäre mit den finanziellen Mitteln der Stiftung ein anderes Projekt anzugehen. Er unterstützt in seinen Ausführungen trotz seiner Bedenken zur technischen Lösung die vorliegende Drucksache DS0571/10.

Die Teamleiterin Kloster Unser Lieben Frauen Frau Dr. Laabs erhält das Rederecht und macht erläuternde Ausführungen zur technischen Realisierbarkeit. Sie merkt an, dass für die Beauftragung der Ausführungsplanung das Votum des Stadtrates nötig ist.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper geht klarstellend auf das Verfahren bezüglich der Förderung durch die Stiftung ein. Er stellt dabei klar, dass bei Ablehnung der vorliegenden Drucksache DS0571/10 die Fördermittel umgewidmet werden.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, verweist auf den Masterplan zur Sanierung und Instandsetzung des Klosters Unser Lieben Frauen aus dem Jahr 2005 mit einem Kostenrahmen von 14 Millionen Euro und stellt fest, dass die jetzt anstehende Maßnahme nicht enthalten ist.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper stellt diesbezüglich klar, dass die Kunststiftung keine Baumaßnahmen fördert.

Bezüglich der Nachfrage des Vorsitzenden der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg zur Zeitschiene, führt die Teamleiterin des Klosters Unser Lieben Frauen Frau Dr. Laabs aus, dass das Büro erst beauftragt werden kann, wenn der Stadtrat der Drucksache DS0571/10 zugestimmt hat. Sie sichert zu, diesbezüglich eine Information an den Stadtrat zu geben.

Nach umfangreicher Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag DS 0571/10/1/1 des Stadtrates Stage, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! mehrheitlich bei 10 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen:

Die Ausschüsse StBV und K werden im Rahmen einer Information über die Detailplanung auf dem Laufenden gehalten.

Gemäß Änderungsantrag DS0571/10/1 der Fraktion CDU/BfM **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages DS0571/10/1/1 des Stadtrates Stage, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! mehrheitlich, bei 9 Gegenstimmen und 10 Enthaltungen:

Die Ausschüsse StBV und K werden im Rahmen einer Information über die Detailplanung auf dem Laufenden gehalten.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 12 Gegenstimmen und 8 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 781-30(V)11

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung der Landeshauptstadt Magdeburg folgendes Kunst am Bau Projekt zu realisieren:

Trans-Reflex. Künstlerische Fassadengestaltung am Westbau (Architektur 1966) des Kunstmuseums Kloster Unser Lieben Frauen Magdeburg (Büro: realities:united, Berlin)
Die Finanzierung (146.000 EUR) wird komplett aus Drittmitteln abgesichert.

Die Ausschüsse StBV und K werden im Rahmen einer Information über die Detailplanung auf dem Laufenden gehalten.

- 5.3. 2. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 228-1 "Alt Olvenstedt" im vereinfachten Verfahren mit integrierter örtlicher Bauvorschrift und Auslegung des Entwurfs DS0373/10

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 782-30(V)11

1. Der seit dem 30.01.2004 rechtsverbindliche Bebauungsplan Nr. 228-1 „Alt Olvenstedt“ mit integrierter örtlicher Bauvorschrift soll im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB und gemäß § 1 Abs. 3 und 8 sowie § 2 Abs. 1 BauGB in einem Teilbereich geändert werden.

Der Teilbereich liegt in der Flur 504 und wird umgrenzt:

- im Norden von der Südgrenze des Unteren Hohenwarsleber Weges (Flurstück 10048) und der Nordgrenze der Nordstraße (Flurstück 81/1),
- im Osten von der Ostgrenze der Schulzentorstraße (Ostgrenze der Flurstücke 10014, 10048 und 10310),
- im Süden von der Südgrenze des Friedhofweges (Flurstücke 10310 und 10272),
- im Westen von der Ostgrenze des Olvenstedter Friedhofs (Ostgrenze Flurstück 10270).

Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, der Bestandteil dieses Beschlusses ist, dargestellt.

Ziele der Änderung sind:

- die Umwandlung einer öffentlichen Verkehrsfläche in ein allgemeines Wohngebiet und
- die Änderung des Pflanzgebotes im Teilbereich eines festzusetzenden Leitungsrechtes.

2. Gemäß § 13 Abs. 2 BauGB wird von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB abgesehen.
3. Der Entwurf und die Begründung zur 2. vereinfachten Änderung des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Nr. 228-1 „Alt Olvenstedt“ werden in der vorliegenden Fassung gebilligt. Von einer Umweltprüfung wird gem. § 13 Abs. 3 Satz 2 BauGB abgesehen. Der Entwurf und die Begründung sind gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.
4. Gemäß § 4a BauGB erfolgt die Beteiligung der von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB gleichzeitig mit der Auslegung des Bebauungsplanentwurfes (§ 3 Abs. 2 BauGB). Die Benachrichtigung über die öffentliche Auslegung erfolgt gemäß § 3 Abs. 2 Satz 3 BauGB.
5. Der Beschluss zur öffentlichen Auslegung der vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes sowie Ort und Dauer sind gemäß § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

- 5.4. Widmung von Verkehrsflächen im B-Plan-Gebiet 267-1B "Klusdamm/ Thomas-Mann-Straße" zu Gemeindestraßen DS0521/10
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
-

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 783-30(V)11

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Widmung der Straßen Ilse-Voigt-Straße, Willy-Rosen-Straße und Erich-Kästner-Straße (Gehweg) im B-Plan-Gebiet 267-1B „Klusdamm/ Thomas-Mann-Straße“ zu Gemeindestraßen zu verfügen und öffentlich bekannt zu machen.

- 5.5. Entwurf und öffentliche Auslegung des einfachen Bebauungsplanes Nr. 134-5 "Lübecker Straße/Gröperstraße" DS0546/10
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
-

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 784-30(V)11

1. Der Bebauungsplan Nr. 134-5 „Lübecker Straße/Gröperstraße“ wird im weiteren Verfahren als einfacher Bebauungsplan gemäß § 13 Bau aufgestellt. Der Bebauungsplan soll ausschließlich Festsetzungen nach § 9 Abs. 2a BauGB zur Sicherung der verbrauchernahen Versorgung der Wohnbevölkerung der Stadtteile Alte und Neue Neustadt enthalten.
2. Der Entwurf zum einfachen Bebauungsplan Nr. 134-5 „Lübecker Straße/Gröperstraße“ und die Begründung werden in der vorliegenden Form gebilligt. Von einer Umweltprüfung wird nach § 13 Abs. 3 Satz 2 BauGB abgesehen.
3. Der Entwurf zum einfachen Bebauungsplan Nr. 134-5 „Lübecker Straße/Gröperstraße“ und die Begründung sind gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.
Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung sind ortsüblich bekannt zu machen.
4. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4a Abs. 2 BauGB parallel zur öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB zu beteiligen und von der öffentlichen Auslegung zu benachrichtigen.

- 5.6. Satzung über eine erneute Veränderungssperre zum Bebauungsplan Nr. 134-5 "Lübecker Straße/Gröperstraße" DS0582/10
 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
-

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 52 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 785-30(V)11

Aufgrund der §§ 14 und 16 (1) i.V. mit § 17 (3) Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. September 2004 (BGBl. I, S. 2414) in der zuletzt geänderten geltenden Fassung und des § 6 Abs.1 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GOLSA) vom 05.10.1993 (GVBl. S. 568) in der zuletzt geänderten geltenden Fassung, beschließt der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg am 03.03.11 folgende Satzung:

§ 1

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg hat am 06.11.08 die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 134-5 „Lübecker Straße/Gröperstraße“ beschlossen. Zur Sicherung der Planung wird für das in § 2 näher beschriebene Gebiet eine erneute Veränderungssperre gem. § 14 (1) und § 17 (3) BauGB für die Dauer eines Jahres erlassen.

§ 2

Die Veränderungssperre erstreckt sich auf das Gebiet, das umgrenzt wird:

Im Norden von der Nordgrenze der Flurstücke 330/1, 337/22, 337/29, der Westgrenze der Flurstücke 10346 und 3763/322, der West- und Nordgrenze des Flurstückes 3762/322, der Nordgrenze der Flurstücke 321/6, 321/7, 10356, 10355 und 10357,
 Im Osten von der Westseite der Gröperstraße (Westgrenze des Flurstückes 320/1),
 Im Süden von der Nordseite der Laaßstraße (Nordgrenze des Flurstückes 1231/397),
 Im Westen von der Westseite der Lübecker Straße (Westgrenze des Flurstückes 769/1)
 (alle Flurstücke Flur 273).

Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, der einen Bestandteil dieser Satzung bildet, dargestellt.

§ 3

Im räumlichen Geltungsbereich der Veränderungssperre dürfen Vorhaben im Sinne des § 29 BauGB nicht durchgeführt werden.

Wenn überwiegende öffentliche Belange nicht entgegenstehen, kann von der Veränderungssperre eine Ausnahme zugelassen werden.

Die Entscheidung über Ausnahmen trifft die Baugenehmigungsbehörde im Einvernehmen mit der Gemeinde.

Vorhaben, die vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre baurechtlich genehmigt worden sind und die Fortführung einer bisher ausgeübten Nutzung werden von der Veränderungssperre nicht berührt.

§ 4

Die Veränderungssperre tritt am Tage der Bekanntmachung im Amtsblatt der Landeshauptstadt Magdeburg in Kraft.

Sie tritt nach Ablauf eines Jahres außer Kraft.

5.7. Abwägung zum Bebauungsplan Nr. 134-7 "Lübecker Straße 2/ Inleber Straße" DS0588/10

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die TOP 5.7 – DS0588/10 und 5.8 – DS0589/10 wurden von der Tagesordnung **zurückgezogen.**

5.9. Namentliche Benennung der Vertreter der Landeshauptstadt Magdeburg in der Arbeitsgemeinschaft zur Gestaltung der ländlichen Entwicklung beim Amt für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten (ALFF) Mitte DS0575/10

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Von den Fraktionen wurden folgende Namen gemeldet:

Mitglieder (2) sollen werden:

Stadtrat Jens Hitzeroth, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!
Stadtrat Frank Schuster, Fraktion CDU/BfM

Stellv. Mitglieder (2) sollen werden:

Stadtrat Dr. Helmut Hörold, FDP-Fraktion
Stadtrat Bernd Krause, Fraktion DIE LINKE
Stadtrat Jürgen Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Als Mitglieder werden benannt:

Stadtrat Jens Hitzeroth, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!

Stadtrat Frank Schuster, Fraktion CDU/BfM

Zur Benennung der stellv. Mitglieder erfolgt zu den 3 Namensvorschlägen eine Abstimmung:

Dabei entfielen folgende Stimmen:

Stadtrat Dr. Helmut Hörold, FDP-Fraktion	-	32 Stimmen
Stadtrat Bernd Krause, Fraktion DIE LINKE	-	31 Stimmen
Stadtrat Jürgen Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	-	16 Stimmen
Enthaltungen:	-	2 Stimmen

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 786-30(V)11

Der Stadtrat beschließt, neben dem Vertreter der Verwaltung als weitere Vertreter der Landeshauptstadt Magdeburg in der Arbeitsgemeinschaft zur Gestaltung der ländlichen Entwicklung beim Amt für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten (ALFF) Mitte werden

Stadtrat Jens Hitzeroth, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!

und Stadtrat Frank Schuster, Fraktion CDU/BfM

sowie

Stadtrat Dr. Helmut Hörold, FDP-Fraktion

und Stadtrat Bernd Krause, Fraktion DIE LINKE

als deren Stellvertreter benannt.

Die namentliche Benennung erfolgt für die Dauer der aktuellen kommunalen Wahlperiode.

6. Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge

Zu Beginn des TOP 6 – Anträge bittet die Vorsitzende des Stadtrates in den Ausschüssen darauf hinzuwirken, dass auch bei redaktionellen Änderungen der einbringenden Fraktion in ihren Anträgen Änderungsanträge erstellt werden und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

6.1.	Haushaltsplan 2011 - Haushaltsausgabereiste Fraktion Bündnis 90/Die Grünen WV v. 13.12.10	DS0414/10/7
------	---	-------------

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung zum Änderungsantrag DS0414/10/7 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in geänderter Form.

Zum Änderungsantrag DS0414/10/28 der FDP-Fraktion empfiehlt der Ausschuss FG die Beschlussfassung nicht.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, begründet das Votum des Ausschusses und bringt den Änderungsantrag DS0414/10/7/1 ein. Er bittet um Zustimmung zum Änderungsantrag DS0414/10/7 in geänderter Form.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper hält in seinen Ausführungen aus seiner Sicht den vorliegenden Änderungsantrag DS0414/10/28 der FDP-Fraktion für den sinnvollsten und weitestgehenden und begründet seinen Standpunkt. Er definiert im Weiteren den Begriff „Haushaltsausgabereiste“ und geht auf die Möglichkeit der weiteren Verwendung dessen ein. Abschließend plädiert Dr. Trümper klar, dem Änderungsantrag DS0414/10/28 der FDP-Fraktion zuzustimmen und keine neuen Maßnahmen unterjährig zu beschließen.

Stadtrat Rösler, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! kann den Änderungsantrag DS0414/10/7/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zwar nachvollziehen, merkt aber an, dass die Haushaltskonsolidierung vorgeht. Er führt aus, dass möglichst wenig Haushaltsausgabereiste für neue zusätzliche Maßnahmen auszugeben sind. Stadtrat Rösler signalisiert im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zum Änderungsantrag DS0414/10/28 der FDP-Fraktion.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Hans-Jörg Schuster weist in seinen Ausführungen darauf hin, dass in der Haushaltskonsolidierung auch Neuverschuldungen enthalten sind. Er trägt die vorgeschlagenen redaktionellen Änderungen des Stadtrates Rösler, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! im Punkt 2 des Beschlussvorschlages des Änderungsantrages DS0414/10/28 mit und bittet darum, diesen so zu beschließen.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, fragt nach, in welchem Haushaltsteil konsolidiert werden soll und legt kritisch seinen Standpunkt dazu dar. Er geht dabei insbesondere auf die Frage des konsumtiven und investiven Haushalts ein. In diesem Zusammenhang bittet er den Beigeordneten für Finanzen und Vermögen Herrn Zimmermann im Ausschuss FG eine Übersicht vorzulegen, wo aufgeführt ist, wo in den vergangenen Jahren seit 2002 durch Einsparungen bei Investitionen Haushalt konsolidiert wurde.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper geht auf die kritischen Ausführungen des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, ein und verweist dabei u.a. auf die doppelte Haushaltsführung. Insbesondere widerlegt er die Äußerungen des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bezüglich der Finanzierung von Investitionen. Er verweist darauf, dass die sogenannte ungedeckte Liste lediglich der Information für den Stadtrat dient. Die dort aufgeführten Maßnahmen seien aber nicht Beschlusslage des Stadtrates. Im Folgenden geht er detaillierter auf die zehn Maßnahmen im Jahr 2010 ein, für die nicht verbrauchte übertragene investive Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 572.000 € aufgewendet wurden. Er wirbt für die Annahme des Änderungsantrages DS0414/10/28 der FDP – Fraktion, der die Möglichkeit dieser Verfahrensweise im Ausnahmefall nach Beschlussfassung im Stadtrat weiter offen hält.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Theile signalisiert im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zum Änderungsantrag DS0414/10/7 in geänderter Form.

Der Vorsitzende des Ausschusses FG Stadtrat Stern verweist in seinen Darlegungen auf den veränderten Fakt in den letzten 2 Jahren, wonach dem Ausschuss FG eine Liste mit Einsparungsvorschlägen von der Verwaltung vorgelegt wurde. Dabei fand das Mitspracherecht bzw. Vorschlagsrecht des Stadtrates keine Berücksichtigung. Er sieht im vorliegenden Änderungsantrag DS0414/10/7 eine Stärkung des Ausschusses und eine Aufwertung des Stadtrates.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, unterstützt die Argumentation des Vorsitzenden des Ausschusses FG Stadtrat Stern und bittet darum, dem Votum des Ausschusses FG zum Änderungsantrag DS0414/10/7 in geänderter Form zu folgen.

Der Vorsitzende der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg bestätigt die Ausführungen des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper aus der Erfahrung als Vorsitzender des Ausschusses FG der vergangenen Jahre. Er plädiert dafür, dem modifizierten Änderungsantrag DS0414/10/28 der FDP-Fraktion zu folgen.

Abschließend wirbt der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Hans-Jörg Schuster nochmals um die Annahme des modifizierten Änderungsantrages DS0414/10/28.

Nach umfangreicher Diskussion **beschließt** der Stadtrat mit 24 Ja-, 27 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 787-30(V)11

Der modifizierte Änderungsantrag DS0414/10/28 der FDP-Fraktion

1. Beginnend mit dem Haushalt für das Jahr 2011 wird die bisherige Verfahrensweise der Verwendung von sog. Haushaltsausgabereste als mögliche Deckungsquelle für zusätzliche Ausgaben untersagt.
2. Die Gelder sind grundsätzlich zur weiteren Konsolidierung des Haushaltes zu verwenden. –

wird **abgelehnt**.

Gemäß Änderungsantrag DS0414/10/7/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat mit 30 Ja-, 18 Neinstimmen und 5 Enthaltungen:

Der Änderungsantrag DS0414/10/7 wird wie folgt geändert:

1. Im Ursprungsantrag wird im ersten Satz des Beschlusstextes gestrichen: für ungedeckte Investitionsmaßnahmen der ungedeckten Prioritätenliste der mittelfristigen Planung.....
2. Die beiden letzten Sätze des ersten Absatzes werden ersatzlos gestrichen.

Der erste Absatz im Beschlusstext lautet daher neu:

Die Entscheidung zur Verwendung von Geldmitteln aus Haushaltsausgaberesten wird ausnahmslos dem Ausschuss für Finanzen und Grundstücksverkehr übertragen.

Der zweite Absatz bleibt unverändert bestehen.

Der Stadtrat **beschließt** mit 30 Ja-, 18 Neinstimmen und 5 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 788-30(V)11

Die Entscheidung zur Verwendung von Geldmitteln aus Haushaltsausgaberesten wird ausnahmslos dem Ausschuss für Finanzen und Grundstücksverkehr übertragen. Neben den Fraktionen des Hauptorgans der Stadt kann selbstverständlich der Oberbürgermeister für die von ihm geführte Verwaltung Anträge zur Verwendung dieser Mittel aus Haushaltsausgaberesten für aus seiner Sicht wichtige Maßnahmen der ungedeckten Investitionsprioritätenliste an den Ausschuss für Finanzen und Grundstücksverkehr stellen. Kommt es nicht zu einer Einigung entscheidet der Stadtrat als Hauptorgan über die Verwendung der Mittel.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrag A0036/10/1.

Der Ausschuss UwE betrachtet den Antrag A0036/10 mit dem vorliegenden Änderungsantrag A0036/10/1 des Ausschusses StBV als erledigt.

Gemäß Änderungsantrag A0036/10/1 des Ausschusses StBV **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 3 Gegenstimmen und 8 Enthaltungen:

In den Punkten 1 und 2 ist Konzept durch Empfehlung zu ersetzen, ebenfalls ist konkret zu streichen.

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Der Oberbürgermeister wird gebeten, (ein Konzept) eine **Empfehlung** für die zukünftige Entwicklung von Kernbereichen der Landeshauptstadt Magdeburg vorzulegen, das die schützenswerten, von einer Bebauung auszunehmenden Flächen (konkret) ausweist. Als schützenswert gelten auch solche Flächen, die dem Klimaausgleich, insbesondere der Durchlüftung der Stadt dienen und deshalb von weiterer Bebauung freizuhalten sind.

2. Zudem sollen in (dem Konzept) der **Empfehlung** die nach § 13a BauGB zu entwickelnden Flächen bezeichnet werden.

Gemäß Antrag A0036/10 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0036/10/1 des Ausschusses StBV einstimmig:

Beschluss-Nr. 789-30(V)11

1. Der Oberbürgermeister wird gebeten, eine Empfehlung für die zukünftige Entwicklung von Kernbereichen der Landeshauptstadt Magdeburg vorzulegen, das die schützenswerten, von einer Bebauung auszunehmenden Flächen ausweist. Als schützenswert gelten auch solche Flächen, die dem Klimaausgleich, insbesondere der Durchlüftung der Stadt dienen und deshalb von weiterer Bebauung freizuhalten sind.
2. Zudem sollen in der Empfehlung die nach § 13a BauGB zu entwickelnden Flächen bezeichnet werden.

6.3. Adelheid-Plakette für soziales Engagement
Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!
WV v. 16.09.10

A0125/10

Zur Beratung liegen vor:

- Änderungsantrag A0125/10/1 des Ausschuss FuG
- Änderungsantrag A0125/10/2 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!
- Änderungsantrag A0125/10/3 der Fraktion DIE LINKE

Die Ausschüsse GeSo, Juhi und K empfehlen die Beschlussfassung.

Der Ausschuss FuG empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0125/10/1.

Der Vorsitzende der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg dankt für die engagierte Begleitung des Antrages A0125/10. Er erklärt sich einverstanden, den vorliegenden Antrag A0125/10 in der Fassung des Änderungsantrages A0125/10/3 der Fraktion DIE LINKE zu beschließen.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke erläutert Stadträtin Meinecke, Fraktion DIE LINKE, die Intention des Änderungsantrages A0125/10/3.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, erinnert daran, dass es bereits den Kaiser-Otto-Preis gibt und spricht sich für die Annahme des Änderungsantrages A0125/10/3 der Fraktion DIE LINKE aus. In diesem Zusammenhang hinterfragt er das weitere Verfahren.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper verweist diesbezüglich auf die Federführung des Dezernates V.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag A0125/107“ der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! einstimmig:

Der Punkt 3 des Antrages wird wie folgt ergänzt: **(fett)**

3. Die Kriterien zur Vergabe des Preises sind von der Verwaltung in Zusammenarbeit mit den Ausschüssen für Gesundheit und Soziales, dem Jugendhilfeausschuss und dem Kulturausschuss zu entwickeln.

Bei den Kriterien sind zudem soziale Aktivitäten, die von Magdeburg in die Region ausstrahlen oder dort ihren Ursprung haben, sowie Initiativen und Engagement, welche eine Vernetzung der Sozialkompetenzen der Region um Magdeburg bewirken, zu berücksichtigen.

Gemäß Änderungsantrag A0125/10/3 der Fraktion DIE LINKE **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der **Beschlussvorschlag** wird wie folgt geändert:

1. In der LH Magdeburg wird ein Preis für soziales Engagement verliehen.
2. Der Preis soll mit seinem Namen Bezug auf Kaiserin Adelheid nehmen.
3. Über weitere Kriterien wie Vergabe, über-/regionale Ausrichtung, Dotierung, konkrete Benennung etc. des Preises wird vor endgültiger Beschlussfassung auf Grundlage einer Drucksache der Verwaltung in Zusammenarbeit mit den Ausschüssen für Gesundheit und Soziales, dem Jugendhilfeausschuss, dem Kulturausschuss und dem Ausschuss für Familie und Gleichstellung beraten.

Gemäß Antrag A0125/10 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!

beschließt der Stadtrat unter Beachtung der beschlossenen Änderungsanträge einstimmig:

Beschluss-Nr. 790-30(V)11

1. In der LH Magdeburg wird ein Preis für soziales Engagement verliehen.
2. Der Preis soll mit seinem Namen Bezug auf Kaiserin Adelheid nehmen.
3. Über weitere Kriterien wie Vergabe, über-/regionale Ausrichtung, Dotierung, konkrete Benennung etc. des Preises wird vor endgültiger Beschlussfassung auf Grundlage einer Drucksache der Verwaltung in Zusammenarbeit mit den Ausschüssen für Gesundheit und Soziales, dem Jugendhilfeausschuss, dem Kulturausschuss und dem Ausschuss für Familie und Gleichstellung beraten.

Bei den Kriterien sind zudem soziale Aktivitäten, die von Magdeburg in die Region ausstrahlen oder dort ihren Ursprung haben, sowie Initiativen und Engagement, welche eine Vernetzung der Sozialkompetenzen der Region um Magdeburg bewirken, zu berücksichtigen.

Durch die Beschlussfassung zum Antrag A0125/10 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! hat sich eine Beschlussfassung zum Änderungsantrag A0125/10/1 des Ausschusses FuG **erübrigt**.

6.4. Antrag Subsidiarität

A0131/10

Jugendhilfeausschuss
WV v. 14.10.10

Der Ausschuss GeSo empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Der Ausschuss Juhi empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0131/10/1

Der Ausschuss FuG empfiehlt die Beschlussfassung zum Punkt 1 des Beschlussvorschlages.

Die Punkte 2 und 3 des Beschlussvorschlages hat der Ausschuss FuG zurückgestellt.

Der Ausschuss VW empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0131/10/1/1.

Der Vorsitzende des Ausschusses Juhi Stadtrat Nordmann bringt den Antrag A0131/10 und den Änderungsantrag A0131/10/1 ein.

Stadtrat Stage, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! hält die Formulierungen in den Änderungsanträgen A0131/10/1 des Juhi und A0131/10/1/1 des Ausschusses VW für schwierig bzw. für missverständlich und bringt den Änderungsantrag A0131/10/2 ein.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bezeichnet den vorliegenden Antrag A0131/10 als einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung und signalisiert seine Zustimmung.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke geht erläuternd auf die Zielstellung des Antrages A0131/10 des Ausschusses Juhi ein. Er spricht sich gegen die Annahme des Änderungsantrages A0131/10/2 des Stadtrates Stage, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! aus und hält den vorgeschlagenen Schritt für verfrüht. Stadtrat Schwenke bittet abschließend darum, dem Antrag A0131/10 des Jugendhilfeausschusses in geänderter Form zu folgen.

Der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Herr Brüning nimmt zur Thematik Stellung. Er informiert, dass derzeit alle Angebote geprüft werden. Er sichert zu, dass alle Einrichtungen, die im Bereich des Jugendamtes liegen, aufgelistet werden und mit ihrer Funktion und ihren Aufgaben beschrieben werden.

Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, stellt in seinen Anmerkungen klar, dass die Übertragung der Kindertageseinrichtungen der Landeshauptstadt Magdeburg an freie Träger eine andere Situation darstellte. Er legt seine Auffassung zu Übertragungsmöglichkeiten von Aufgaben des Dezernates V an freie Träger dar.

Der Vorsitzende der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg merkt zu Beginn seiner Ausführungen an, dass der Stadtrat in den letzten zwei Jahrzehnten sehr offensiv mit dem Begriff und mit dem Inhalt Subsidiarität umgegangen ist. Er empfiehlt auf Grund der gesammelten Erfahrungen, nicht bedenkenlos mit dem Antrag A0131/10 umzugehen. Stadtrat Bromberg erläutert umfassend die Intention des Änderungsantrages A0131/10/2 des Stadtrates Stage, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!.

Im Rahmen der weiteren Diskussion bittet der Vorsitzende des Ausschusses Juhi Stadtrat Nordmann nochmals darum, den Antrag A0131/10 in der Fassung des Änderungsantrages

A0131/10/1 zu beschließen. Er geht in seinen weiteren Ausführungen auf die grundsätzliche Frage, was können die freien Träger leisten, ein.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, bringt den GO-Antrag – **Ende der Rednerliste** – ein.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Stern, Fraktion CDU/BfM, **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 5 Gegenstimmen und 12 Enthaltungen:

Ende der Rednerliste.

Stadtrat Haller, FDP-Fraktion, unterstützt in seinen Ausführungen den Änderungsantrag A0131/10/2 des Stadtrates Stage, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, verweist in seinen Darlegungen auf die Vielzahl von freien Trägern in der Landeshauptstadt Magdeburg, die eine sehr gute Arbeit leisten. In diesem Zusammenhang dankt er im Namen seiner Fraktion den freien Trägern ausdrücklich. Stadtrat Müller nimmt kritisch zum vorliegenden Antrag A0131/10 des Ausschusses Juhi Stellung. Er stellt klar, dass die freien Träger bereits alle Chancen haben und diese auch nutzen können. Er spricht sich abschließend im Namen seiner Fraktion gegen die Annahme des Antrages A0131/10 als auch aller vorliegender Änderungsanträge aus.

Stadtrat Lischka, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! bezeichnet das Thema als ein sensibles Feld und empfiehlt auch dementsprechend vorzugehen. Er verweist anhand des Beispiels „Frühförderung“, welche in Magdeburg in kommunaler Hand ist, auf den hervorragenden Ruf. Stadtrat Lischka führt weiter aus, dass aus seiner Sicht nicht nur der Kostenaspekt eine Rolle spielen darf und warnt vor Automatismen.

Der stellv. Vorsitzende des Ausschusses Juhi Stadtrat Schwenke erläutert den Hintergrund der Antragstellung A0131/10.

Stadtrat Stage, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! bittet darum, in seinem Änderungsantrag A0131/10/2 noch den Ausschuss Juhi zu ergänzen.

Nach umfangreicher Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag A0131/10/2 des Stadtrates Stage, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! mehrheitlich, bei 13 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen:

Der Änderungsantrag A0131/10/1 des Ausschusses Juhi wird wie folgt geändert:

Der Beschlusstext wird nach Satz 1 in Punkt 2 (... Einrichtungen vorzulegen) gestrichen.

Dafür wird der Satz:

„Diese Liste ist zur Beratung den Ausschüssen VW und Juhi vorzulegen.“

angefügt.

Eine Beschlussfassung zum Absatz 1 des Änderungsantrages A0131/10/1/1 des Ausschusses VW hat sich damit erledigt.

Gemäß Änderungsantrag A0131/10/1/1 des Ausschusses VW **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 13 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen:

Der Stadtrat möge beschließen:

Punkt 3 des Beschlussvorschlages **wird gestrichen.**“

Gemäß Änderungsantrag A0131/10/1 des Ausschusses Juhi unter Beachtung aller beschlossenen Änderungsanträge **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 791-30(V)11

1. Der Oberbürgermeister prüft für alle Dienstleistungen und Angebote, die im Bereich des Amtes 51 (Jugendamt) erbracht werden und die nicht hoheitlich sind und deshalb aus gesetzlichen Gründen in der Trägerschaft der Landeshauptstadt verbleiben müssen, die Übertragung an gemeinnützige, freie Träger im Rahmen der Subsidiarität.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum Ende des zweiten Quartals 2011 eine Liste aller in freie Trägerschaft übertragbaren Einrichtungen vorzulegen. Diese Liste ist zur Beratung den Ausschüssen VW und Juhi vorzulegen.

6.5.	Russisch-Orthodoxe Kirche	A0132/10
	Interfraktionell WV v. 14.10.10	

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0132/10/2.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrag A0132/10/1.

Stadtrat Salzborn, Fraktion CDU/BfM, bringt den interfraktionellen Antrag A0132/10 ein und bittet um Zustimmung.

Der Vorsitzende des Ausschusses FG Stadtrat Stern geht auf die Chronologie der Thematik ein und sieht die Möglichkeit der Zahlung des Kaufpreises bis zum 30. September 2011 als letzte Chance.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt bezeichnet die vorliegende Stellungnahme S0282/10 als nicht zufriedenstellend. Er legt dar, dass es keine andere Option als den ursprünglichen Standort gibt und befürwortet die befristete Einräumung zur Zahlung des Kaufpreises.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper weist die kritischen Anmerkungen des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt zurück. Er weist dabei darauf hin, dass die Verwaltung die Beschlüsse des Stadtrates ausführt.

Stadtrat Budde, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! nimmt kritisch zum Verhalten der russisch-orthodoxen Kirche Stellung und merkt dabei an, dass die Kirche alle bisherigen Fristen nicht eingehalten hat. Er signalisiert im Namen seiner Fraktion die Ablehnung zum interfraktionellen Antrag A0132/10 und zu den vorliegenden Änderungsanträgen A0132/10/1 und A0132/10/2.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Theile teilt den Standpunkt des Stadtrates Budde, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!. Er stellt ebenfalls fest, dass die russisch-orthodoxe Kirche über viele Jahre die Möglichkeit hatte zu bauen und sie ihre Chance nicht genutzt hat. Stadtrat Theile signalisiert ebenfalls im Namen seiner Fraktion die Ablehnung zum Antrag A0132/10 und zu den vorliegenden Änderungsanträgen A0132/10/1 und A0132/10/2.

Der Vorsitzende des Ausschusses StBV Stadtrat Czogalla bringt den Änderungsantrag A0132/10/1 ein.

Stadtrat Kause, Fraktion DIE LINKE, unterstreicht in seinen Ausführungen die ablehnende Argumentation seines Vorsitzenden Stadtrat Theile.

Nah eingehender Diskussion bringt der Vorsitzende der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke den GO-Antrag – **Abbruch der Debatte** – ein.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt spricht sich gegen die Annahme des GO-Antrages aus.

Gemäß GO-Antrag des Vorsitzenden der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 14 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen:

Abbruch der Debatte

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei zahlreichen Jastimmen:

Der Änderungsantrag A0132/10/1 des Ausschusses StBV –

Der Verkauf erfolgt unter der Bedingung, dass der vollständige Kaufpreis vorab **bis 30.09.2011** auf einem Notaranderkonto vor der Grundstücksübertragung eingezahlt worden ist. **Es handelt sich um die Flurstücke 98/3 und 10006 aus der Flur 168.**

Die Investitionsverpflichtung ist mit klaren zeitlichen Vorgaben zu versehen.

Ein Rückfallrecht ist zu vereinbaren.

Offene Forderungen sind vorab zu bezahlen. –

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 13 Jastimmen und 4 Enthaltungen:

Der Änderungsantrag A0132/10/2 des Ausschusses KRB –

Der zweite Absatz des Antrages A0132/10 wird wie folgt neu formuliert:

Der Verkauf erfolgt unter der Bedingung, dass der vollständige Kaufpreis innerhalb von 6 Monaten nach Beschlussfassung vorab auf einem Notaranderkonto vor der Grundstücksübertragung eingezahlt worden ist. Gleichzeitig sollte über eine Investitionsverpflichtung verhandelt werden sowie eine Widmung dahingehend, dass auf dem Grundstück nur eine russisch-orthodoxe Kirche errichtet werden darf. –

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 13 Jastimmen:

Beschluss-Nr. 792-30(V)11

Der interfraktionelle Antrag A0132/10 –

Der Oberbürgermeister wird beauftragt mit der Diözese der Russisch-Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats Kirchenkreis Nord, Kirchengemeinde Allerheiligen, in Verhandlungen zu treten über den Verkauf der Flurstücke 2 und 98/3 aus Flur 168 (Ecke Henning-von-Tresckow-Straße/Gareisstraße) an dieselbe zur Errichtung eines Kirchen- und Gemeindezentrums.

Der Verkauf erfolgt unter der Bedingung, dass der vollständige Kaufpreis vorab auf einem Notaranderkonto vor der Grundstücksübertragung eingezahlt worden ist. Gleichzeitig sollte über eine Investitionsverpflichtung mit klaren zeitlichen Vorgaben verhandelt werden. –

wird **abgelehnt**.

6.6. Interessenausgleich Bewohner Heinrich-Mundlos-Ring und T-Systems A0137/10

Interfraktionell
WV v.14.10.10

Der TOP 6.6 - A0137/10 wurde **zurückgestellt**.

6.7. E-Mobilität in Magdeburg

A0142/10

Fraktion CDU/BfM

WV v. 14.10.10

Stadtrat Czogalla, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! erklärt gemäß § 31 GO LSA sein Mitwirkungsverbot und nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss UwE empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0142/10/1.

Der Ausschuss VW empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des Änderungsantrages A0142/10/1 des Ausschusses UwE.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/BfM, bringt den Antrag A0142/10 ein. Er signalisiert seine Zustimmung zu den vorliegenden Änderungsanträgen A0142/10/1 des Ausschusses UwE und A0142/10/2 der Fraktion DIE LINKE.

Stadträtin Bork, Fraktion DIE LINKE, bringt den Änderungsantrag A0142/10/2 ein.

Stadtrat Prof. Dr. Pott, Mitglied im Ausschuss UwE, geht auf die Zielstellung des Änderungsantrages A0142/10/1 ein.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag A0142/10/1 des Ausschusses UwE mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen:

Der erste Satz des Antrages wird wie folgt geändert (Ergänzung kursiv):

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den hiesigen Hochschulen, insbesondere dem Institut für Logistik und Materialflusstechnik der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, ein Konzept zur Etablierung der E-Mobilität *mit Energien aus regenerativen Energiequellen* in der Landeshauptstadt vorzulegen.

Gemäß Änderungsantrag A0142/10/2 der Fraktion DIE LINKE **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der erste Satz ist wie folgt zu ergänzen (Ergänzung fett kursiv):

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den hiesigen Hochschulen, insbesondere dem Institut für Logistik und Materialflusstechnik **und dem Institut für Kompetenz in AutoMobilität (IKAM)** der Otto-von-Guericke Universität Magdeburg

Gemäß Antrag A0142/10 der Fraktion CDU/BfM **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung aller beschlossenen Änderungsanträge mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und 4 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 793-30(V)11

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den hiesigen Hochschulen, insbesondere dem Institut für Logistik und Materialflusstechnik und dem Institut für Kompetenz in AutoMobilität (IKAM) der Otto-von-Guericke Universität Magdeburg, ein Konzept zur Etablierung der E-Mobilität in der Landeshauptstadt vorzulegen mit Energien aus regenerativen Energiequellen in der Landeshauptstadt vorzulegen.

Ziel ist es, Magdeburg bis zum Jahr 2020 als Modellstadt im Bereich Elektromobilität zu etablieren.

6.8. 3. Oktober 2011 und Jugend im Stadtrat

A0149/10

FDP-Fraktion
WV v. 11.11.10

Der Ausschuss VW empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des Änderungsantrages A0149/10/1 der FDP-Fraktion.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Hans-Jörg Schuster bringt den Änderungsantrag A0149/10 und den Änderungsantrag A0149/10/1 ein.

Gemäß Änderungsantrag A0149/10/1 der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der zweite Absatz des Beschlussvorschlages wird gestrichen.
Gleiches gilt für den Begründungstext.
Im Kurztitel wird „und Jugend im Stadtrat“ gestrichen

Gemäß Antrag A0149/10 der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0149/10/1 einstimmig:

Beschluss-Nr. 794-30(V)11

Der Oberbürgermeister wird gebeten, mit der Landesverwaltung und der Landesregierung Kontakt aufzunehmen und anzuregen, dass am 3. Oktober 2011 neben der Landeshauptstadt auch das Land wieder ein Bürgerfest unter dem Motto „Tag der offenen Tür“ durchführt.

6.9. Bushaltestelle in der Beimsstraße A0153/10
FDP-Fraktion
WV v. 11.11.10

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Stadtrat Bartelmann, FDP-Fraktion, bringt den Antrag A0153/10 ein. Er folgt dem vorliegenden Änderungsantrag A0153/10/1 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!

Der Vorsitzende der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg bringt den Änderungsantrag A0153/10/1 ein.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, verweist in seinen Ausführungen auf seine diesbezügliche Anfrage F0030/10 und der Stellungnahme S0054/10 der Verwaltung.

Stadtrat Schindehütte, Fraktion CDU/BfM, unterstreicht den Hinweis des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE.

Gemäß Änderungsantrag A0153/10/1 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und 3 Enthaltungen:

Die Mitglieder des Aufsichtsrats der MVB werden gebeten zu prüfen, welche Maßnahmen kurzfristig eine Busanbindung an die Beimssiedlung ermöglichen, ohne dass der Bahnübergang in der Beimsstraße überquert werden muss.

Gemäß Antrag A0153/10 der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0153/10/1 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! mehrheitlich, bei 4 Gegenstimmen und 7 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 795-30(V)11

Die Mitglieder des Aufsichtsrats der MVB werden gebeten zu prüfen, welche Maßnahmen kurzfristig eine Busanbindung an die Beimssiedlung ermöglichen, ohne dass der Bahnübergang in der Beimsstraße überquert werden muss.

6.10.	Barrierefreie Gestaltung der Haltestelle Agnetenstraße	A0161/10
	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen WV v. 11.11.10	

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt bringt den Antrag A0161/10 und den Änderungsantrag A0161/10/1 ein.

Stadtrat Hitzeroth, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! spricht sich im Namen seiner Fraktion mit Hinweis auf die vorliegende Stellungnahme S0302/10 gegen die Annahme des Antrages A0161/10 und des Änderungsantrages A0161/10/1 aus. Er weist darauf hin, dass es sich hierbei nur um eine Bedarfshaltestelle handelt, die nur bei Streckenverlegung genutzt wird.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke verweist auf die Prioritätenliste zur Herstellung von Barrierefreiheit in der Stadt und empfiehlt der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, den Antrag A0161/10 ein und den Änderungsantrag A0161/10/1 zurückzuziehen.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt stellt klar, dass es sich hierbei nicht um eine Bedarfshaltestelle handelt. Er geht nochmals auf die Intention des Antrages A0161/10 und weist darauf hin, dass diese Haltestelle auch in der Prioritätenliste enthalten ist. Abschließend geht Stadtrat Wähnelt kritisch auf die vorliegende Stellungnahme S0302/10 ein.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, sieht ein grundsätzliches Problem bezüglich der Barrierefreiheit in der Landeshauptstadt Magdeburg. Er fordert den Stadtrat auf, gemeinsam nach Möglichkeiten zur Lösung des Problems zu suchen.

Nach weiterer Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Jastimmen und Enthaltungen:

Der Änderungsantrag A0161/10/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen –

Der Antrag wird zur Ergänzung der Stellungnahme in die Verwaltung verwiesen.

Dabei soll:

1. eine Stellungnahme des Behindertenbeauftragten und des Seniorenbeirats beigelegt werden.
2. der Oberbürgermeister grundsätzliche Varianten (für diese und andere Haltestellen) bis zu einem Kostenrahmen von max. 100.000 Euro vorlegen. –

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei einigen Jastimmen und einigen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 796-30(V)11

Der Antrag A0161/10 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen –

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Straßenbahnhaltestelle Agnetenstraße zügig barrierefrei umzubauen. –

wird **abgelehnt**.

6.11.	Prüfung der verausgabten Mittel zur Dachmarkenkampagne Ottostadt	A0165/10
	Fraktion DIE LINKE WV v. 11.11.10	

Die Ausschüsse RWB und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Ausschuss RPB empfiehlt die Beschlussfassung in geänderter Form.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Theile bringt den Änderungsantrag A0165/10/1 ein.

Gemäß Änderungsantrag A0165/10/1 der Fraktion DIE LINKE **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Beschlusstext wird wie folgt ersetzt:

Der Stadtrat beauftragt gemäß § 4 Abs. 3 der Rechnungsprüfungsordnung das Rechnungsprüfungsamt mit der Kontrolle der verausgabten Mittel zur „ Erarbeitung der neuen Dachmarke für die Landeshauptstadt Magdeburg“ gemäß DS0231/09.

Prüfgegenstand ist die Mittelbereitstellung i.H.v. 150 T€ für 2009 sowie 573,4 T€ für 2010 und deren maßgebliche Verwendung durch das Dezernat III.

Gemäß Antrag A0165/10 unter Beachtung des Änderungsantrag A0165/10/1 der Fraktion DIE LINKE **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 797-30(V)11

Der Stadtrat beauftragt gemäß § 4 Abs. 3 der Rechnungsprüfungsordnung das Rechnungsprüfungsamt mit der Kontrolle der verausgabten Mittel zur „ Erarbeitung der neuen Dachmarke für die Landeshauptstadt Magdeburg“ gemäß DS0231/09.

Prüfgegenstand ist die Mittelbereitstellung i.H.v. 150 T€ für 2009 sowie 573,4 T€ für 2010 und deren maßgebliche Verwendung durch das Dezernat III.

6.12.	Maßnahmekatalog für Unternehmen bei Einrichtung von Umweltzonen	A0068/10
	FDP-Fraktion WV v. 27.05.10	

Die Ausschüsse UwE und RWB empfehlen die Beschlussfassung.

Stadtrat Haller, FDP-Fraktion, bringt den Antrag A0068/10 ein.

Der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz weist darauf hin, dass mit der Information I0004/11 bereits das vorgelegt wurde, was im Antrag A0068/10 gefordert wird. Er merkt weiter an, dass in der Stellungnahme S0212/10 das Datum bezüglich der Einführung der Umweltzone in Magdeburg auf 01.09.2011 geändert werden muss.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Hans-Jörg Schuster führt aus, dass noch nicht deutlich erkennbar ist, was aus dem Maßnahmekatalog umgesetzt werden soll.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Jastimmen:

Beschluss-Nr. 798-30(V)11

Der Antrag A0068/10 der FDP-Fraktion –

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen Katalog vorzulegen, der beinhaltet, wie die Belastungen für die Unternehmen und die Landeshauptstadt Magdeburg möglichst gering gehalten werden können, wenn in der LH MD tatsächlich Umweltzonen eingerichtet werden müssen. –

wird **abgelehnt**.

6.13. Konkretisierung der Ziele des Verwaltungshandelns im Dezernat A0176/10
für Wirtschaft

FDP-Fraktion
WV v. 09.12.10

Der Ausschuss FG hat den Antrag A0176/10 zur Kenntnis genommen.

Der Ausschuss RWB empfiehlt die Beschlussfassung in geänderter Form.

Stadtrat Dr. Hörold, FDP-Fraktion, bringt den Antrag A0176/10 und den Änderungsantrag A0176/10/1 ein.

Gemäß Änderungsantrag A0176/10/1 der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag erhält folgende neue Fassung:

In Fortführung des Symposiums Zukunftsperspektiven des Wirtschaftsstandorts Magdeburg am 19. November 2009 und des Beschlusses des Stadtrates vom 29.03.2010 (Beschluss-Nr. 398-16(V)10) zur Potentialerfassung des Wirtschaftsstandortes Magdeburg ist bis zu Beginn der Sommerpause 2011 ein weiteres Symposium zur Wirtschaftsförderung mit dem Titel „Potentialerfassung des Wirtschaftsstandorts, Ziele und Kennzahlen der Wirtschaftsförderung“ durchzuführen. Dabei ist insbesondere herauszuarbeiten:

Die formulierten Ziele des Verwaltungshandelns des Dezernates für Wirtschaft (siehe I0187/10), speziell:

- Verbesserung der Beratung von Unternehmen
- Standorttreue ortsansässiger Unternehmen
- Neuansiedlung von Unternehmen

sollen durch konkrete Ist-Soll - Betrachtungen qualitativ und quantitativ konzeptionell untersetzt werden. Dazu sind konkrete Maßnahmeplanungen mit Zielvorgaben/ Verantwortlichkeiten und Milestones zu erarbeiten und dem Stadtrat vorzulegen.

Die Ergebnisse dieses zweiten Symposiums sind im Ausschuss für Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und kommunale Beschäftigungspolitik eingehend zu diskutieren und dem Stadtrat im Sinne einer Zielvereinbarung vorzulegen.

Gemäß Antrag A0176/10 der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0176/10/1 einstimmig:

Beschluss-Nr. 799-30(V)11

In Fortführung des Symposiums Zukunftsperspektiven des Wirtschaftsstandorts Magdeburg am 19. November 2009 und des Beschlusses des Stadtrates vom 29.03.2010 (Beschluss-Nr. 398-16(V)10) zur Potentialerfassung des Wirtschaftsstandortes Magdeburg ist bis zu Beginn der Sommerpause 2011 ein weiteres Symposium zur Wirtschaftsförderung mit dem Titel „Potentialerfassung des Wirtschaftsstandorts, Ziele und Kennzahlen der Wirtschaftsförderung“ durchzuführen. Dabei ist insbesondere herauszuarbeiten:

Die formulierten Ziele des Verwaltungshandelns des Dezernates für Wirtschaft (siehe I0187/10), speziell:

- Verbesserung der Beratung von Unternehmen
- Standorttreue ortsansässiger Unternehmen
- Neuansiedlung von Unternehmen

sollen durch konkrete Ist-Soll - Betrachtungen qualitativ und quantitativ konzeptionell untersetzt werden. Dazu sind konkrete Maßnahmeplanungen mit Zielvorgaben/ Verantwortlichkeiten und Milestones zu erarbeiten und dem Stadtrat vorzulegen.

Die Ergebnisse dieses zweiten Symposiums sind im Ausschuss für Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und kommunale Beschäftigungspolitik eingehend zu diskutieren und dem Stadtrat im Sinne einer Zielvereinbarung vorzulegen.

Neuanträge

6.14. Städtebauliches Gesamtkonzept Sudenburg-Süd A0016/11
 Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0016/11 in die Ausschüsse StBV und RWB – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0016/11 wird in die Ausschüsse RWB und StBV überwiesen.

6.15. Opfer der deutschen Teilung nicht vergessen A0019/11
 Fraktion CDU/BfM

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0019/11 in die Ausschüsse K und VW vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der Fraktion CDU/BfM **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0019/11 wird in die Ausschüsse K und VW überwiesen.

6.16. Erhalt und Sanierung der Hyparschale A0021/11
 Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!

Zur Beratung liegen vor:

- Änderungsantrag A0021/11/1 der Fraktion DIE LINKE
- Änderungsantrag A0021/11/2 der FDP-Fraktion und der Fraktion CDU/BfM
- Änderungsantrag A0021/11/3 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0019/11 in die Ausschüsse BSS, K , FG und StBV vor, der durch Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen um die Ausschüsse RWB, Juhi und dem BA SFM ergänzt wird.

Gemäß ergänztem GO-Antrag der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0021/11 wird in die Ausschüsse BSS, K, FG, StBV, RWB, Juhi und in den BA SFM überwiesen.

Die vorliegenden Änderungsanträge werden in die Beratung mit einbezogen.

6.17. Web2.0 - Nutzungskonzept erstellen A0022/11
FDP-Fraktion

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0022/11 in die Ausschüsse FG und VW – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0022/11 wird in die Ausschüsse FG und VW überwiesen.

6.18. Dankeschönveranstaltung Hochwasser A0023/11
FDP - Fraktion

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0023/11 in den Ausschuss VW – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0023/11 wird in den Ausschuss VW überwiesen.

6.19. Magdeburger Stadtschreiber A0024/11
FDP - Fraktion und Fraktion Bündnis90/Die Grünen

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0024/11 in den Ausschuss K vor, der durch den Vorsitzenden der FDP-Fraktion Stadtrat Hans-Jörg Schuster um den Ausschuss VW und durch den Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, um den Ausschuss FG ergänzt wird.

Gemäß ergänztem GO-Antrag der FDP-Fraktion der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0024/11 wird in die Ausschüsse K, FG und VW überwiesen.

6.20. Schraffierte Verkehrsflächen für Taxen freigeben A0025/11
 FDP - Fraktion

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0025/11 in den Ausschuss StBV – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Der Antrag A0025/11 wird in den Ausschuss StBV überwiesen.

6.21. Modell Fifty/fifty für Kindertagesstätten A0026/11
 FDP - Fraktion

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0026/11 in die Ausschüsse UwE, Juhi und in die zuständigen Gremien der SWM – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 2 Gegenstimmen:

Der Antrag A0026/11 wird in die Ausschüsse UwE, Juhi und in die zuständigen Gremien der SWM überwiesen.

6.22. Konzept zur Aufwertung des Sternsees in Neu Olvenstedt A0030/11
 Fraktion DIE LINKE

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0030/11 in die Ausschüsse StBV, UwE und in den BA SFM – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der Fraktion DIE LINKE **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0030/11 wird in die Ausschüsse StBV, UwE und in den BA SFM überwiesen.

- 6.23. Keine Reptilienbörsen in städtischen Gebäuden A0027/11
Fraktion Bündnis90/Die Grünen
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0027/11 in die Ausschüsse KRB und GeSo – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme:

Der Antrag A0027/11 wird in die Ausschüsse KRB und GeSo überwiesen.

- 6.24. Beitritt Magdeburgs zur UNESCO-Städtekoalition gegen Rassismus A0028/11
Interfraktionell
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0028/11 in die Ausschüsse FG und VW – vor.

Gemäß vorliegendem interfraktionellen GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0028/11 wird in die Ausschüsse FG und VW überwiesen.

- 6.25. Landesgartenschau 2018 A0017/11
Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!
-

Stadtrat Hitzeroth, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! bringt den Antrag A0017/11 ein. Er trägt den vorliegenden Änderungsantrag A0017/11/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit.

Stadträtin Meinecke, Fraktion DIE LINKE, sieht noch Klärungsbedarf zu offenen Fragen.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0017/11 in die Ausschüsse StBV, FG, K, VW, RWB und Uwe – ein.

Stadträtin Dr. Hein, Fraktion DIE LINKE, spricht sich für die Annahme des GO-Antrages aus.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt spricht sich gegen die Annahme des GO-Antrages aus.

Der Vorsitzende der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg spricht sich für die Annahme des GO-Antrages aus.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Hans-Jörg Schuster begrüßt die Antragstellung und spricht sich für die Annahme des GO-Antrages aus.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß GO-Antrag des Vorsitzenden der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke mehrheitlich, bei 5 Gegenstimmen:

Der Antrag A0017/11 wird in die Ausschüsse StBV, FG, VW, K, UwE und RWB überwiesen.

Der vorliegende Änderungsantrag A0017/11/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird in die Beratung mit einbezogen.

6.26.	1. Beschluss des Magdeburger Seniorenforums - Individuelle Wohnsituation	A0014/11
Gesundheits- und Sozialausschuss		

Der Vorsitzende des Ausschusses GeSo Stadtrat Ansorge bringt den Antrag A0014/11 ein und bittet um Zustimmung.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, weist darauf hin, dass sich der Seniorenbeirat am 04.03.11 konstituiert. Er hinterfragt die zukünftige Einbeziehung des Seniorenbeirates bei solchen Fragen.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper wird die Nachfrage des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, prüfen lassen.

Stadtrat Dr. Hörold, FDP-Fraktion, spricht sich dafür aus, dem Seniorenbeirat Arbeitsaufgaben zu übertragen.

Der Vorsitzende des Ausschusses GeSo Stadtrat Ansorge weist darauf hin, dass der Seniorenbeirat Anhörungsrecht im Stadtrat hat.

Der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Herr Brüning merkt an, dass der vorliegende Antrag A0014/11 und der nachfolgende Antrag A0015/11 das Resultat von 1 Jahr Arbeit sind und es jetzt um die Umsetzung geht. Er informiert, dass dem Seniorenbeirat alle betreffenden Stadtratsbeschlüsse zur Verfügung gestellt werden und der Seniorenbeirat ein Unterstützungsgremium für den Stadtrat ist.

Stadträtin Zimmer, Fraktion DIE LINKE, unterstützt den Antrag A0014/11.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Antrag A0014/11 des Ausschusses GeSo einstimmig:

Beschluss-Nr. 800-30(V)11

Unter Federführung der Stadtverwaltung soll das Beratungs- und Informationsangebot unter Nutzung der bestehenden Beratungs- und Begleitungsstrukturen der Wohnungswirtschaft, der freien und öffentlichen Wohlfahrtspflege, sozialer Initiativen, der Hochschule und der Pflegekassen optimiert werden. Die Einigung auf einen gemeinsamen Beratungsleitfaden unter Vernetzung der Angebote zur Wohnberatung soll zeitnah umgesetzt werden. Dabei ist unter dem Aspekt der Prävention zu berücksichtigen, dass die Beratungs- und Informationsangebote ältere Menschen frühzeitig und in ihrem Lebensumfeld (auch durch zugehende Beratung) unter Verwendung einheitlicher Begrifflichkeiten erreichen.

6.27.	2. Beschluss des Magdeburger Seniorenforums - Soziale Aspekte	A0015/11
<hr/>		
	Gesundheits- und Sozialausschuss	

Der Vorsitzende des Ausschusses GeSo Stadtrat Ansorge bringt den Antrag A0015/11 ein.

Gemäß Antrag A0015/11 des Ausschusses GeSo **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 801-30(V)11

Der Oberbürgermeister wird gebeten, ein Umsetzungskonzept zur Förderung nachbarschaftlicher Hilfestrukturen für die Seniorinnen und Senioren der Stadt erarbeiten zu lassen.

6.28. Magdeburg als Standort für die Wasser- und
Schifffahrtsverwaltung erhalten

A0018/11

Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!

Stadtrat Lischka, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! bringt den Antrag A0018/11 ein. Er stimmt dem vorliegenden Änderungsantrag A0018/11 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu. Er bittet darum, ein deutliches Signal zu setzen.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt den Änderungsantrag A0018/11/1 ein.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper hält die Einbeziehung des Änderungsantrages A0018/11/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht für sinnvoll.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/BfM, plädiert dafür, den Antrag A0018/11 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! zu beschließen und den Änderungsantrag A0018/11/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abzulehnen.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke übt Kritik, dass der Antrag A0018/11 nicht interfraktionell gestellt wurde. Er signalisiert im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zum Antrag A0018/11.

Stadtrat Lischka, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! geht nochmals auf die Intention des Antrages A0018/11 ein.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 10 Jastimmen und 9 Enthaltungen:

Der Änderungsantrag A0018/11/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen –

Der Beschlusstext wird wie folgt neu formuliert:

Der Stadtrat spricht sich dafür aus, dass bei der Umsetzung der Pläne der Bundesregierung zur notwendigen Neustrukturierung des Wasserstraßennetzes in Deutschland und der Neuorganisation der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung der Standort Magdeburg erhalten bleibt.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Anzahl der Beschäftigten in den Behörden an den wirklich notwendigen Bedarf sowie an die neuen Aufgaben und Vorgaben angepasst wird.

Diese haben eine deutliche ökologische Verbesserung der Gewässer zum Ziel, eine Vorgabe, die bereits 2009 vom Bundesverkehrsministerium an die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung erteilt und bisher nicht umgesetzt wurde.

Zu den neuen Aufgaben gehört gemäß Bundestagsdrucksache 17/2538 vom 05.07.2010 auch die „Verbesserung von Infrastruktur und Marketing für den Wassertourismus“. Für Magdeburg bedeutet das konkret die stärkere touristische Vermarktung des Wasserstraßenkreuzes mit einem in Betrieb befindlichen Schiffshebewerk.

Der Stadtrat bittet den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Magdeburg und die Landesregierung, insbesondere den Minister für Landesentwicklung und Verkehr sowie den Minister für Landwirtschaft und Umwelt, sich gegenüber dem Bundesministerium für den

Standort Magdeburg einzusetzen und endlich einen Maßnahmeplan zu erarbeiten, der die gute ökologische Qualität der Elbe wiederherstellt. –

wird **abgelehnt**.

Gemäß Antrag A0018/11 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 802-30(V)11

Der Stadtrat spricht sich für den Erhalt der Wasserschiffahrtsdirektion Ost (WSD), des Wasser- und Schifffahrtsamtes Magdeburg (WSA) und des Wasserstraßen-Neubauamtes Magdeburg (WNA) am Standort Magdeburg aus.

Mit Sorge verfolgt der Stadtrat die Pläne der Bundesregierung zur Neustrukturierung des Wasserstraßennetzes in Deutschland und der Neuorganisation der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung, bei denen Magdeburg, Sachsen-Anhalt und die neuen Länder die Verlierer sein werden.

Der Stadtrat erinnert daran, dass Magdeburg mit mehr als 700 Beschäftigten in drei Behörden zentraler Standort der Wasserschiffahrtsverwaltung in den neuen Ländern ist und sich die einzige Wasserschiffahrtsdirektion der neuen Länder in Magdeburg befindet. Ein Abbau oder sogar eine Schließung einzelner Ämter in Magdeburg würde damit die Schifffahrt in den ostdeutschen Ländern insgesamt schwächen. Die ohnehin geringe Zahl von Bundesbehörden in den neuen Ländern würde weiter reduziert. Wir brauchen stattdessen eine gut aufgestellte Wasser- und Schifffahrtsverwaltung vor Ort und wir brauchen Entwicklungsperspektiven für den Verkehrsträger Wasserstraße.

Der Stadtrat bittet den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Magdeburg und die Landesregierung, insbesondere den Minister für Landesentwicklung und Verkehr, sich gegenüber dem Bundesministerium für den Behördenstandort Magdeburg und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in WSD, WSA und WNA einzusetzen.

Bezüglich der Nachfrage des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, wie der Beschluss umgesetzt wird, informiert der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper, dass er am 09.03.11 im Bundesministerium zum Thema Schiffshebewerk beim Staatssekretär einen Termin hat. Bei dieser Gelegenheit wird er den Antrag vortragen.

- | | | |
|------------------|--|----------|
| 6.29. | Sofortprogramm Beseitigung von Winterschäden im
Magdeburger Straßennetz | A0020/11 |
| Fraktion CDU/BfM | | |

Stadtrat Heynemann, Fraktion CDU/BfM, bringt den Antrag A0020/11 ein.

Stadtrat Rösler, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! hinterfragt den Zweck des Antrages A0020/11 und verweist darauf, dass die Verwaltung bereits an der Beseitigung der Winterschäden arbeitet. Er empfiehlt, den Antrag A0020/11 abzulehnen.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, argumentiert ebenfalls im Namen seiner Fraktion gegen die Annahme des Antrages A0020/11.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke signalisiert, dass nach Aussagen der Verwaltung zum Umsetzungsstand der Antrag A0020/11 zurückgezogen wird.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper macht klarstellende Ausführungen zu den Förderungen durch das Land in Höhe von 1,2 Mio Euro und merkt an, dass dieses Geld nur für Grundsanierungen und keine Teilsanierungen von Straßen eingesetzt werden darf. Derzeit werden durch die Verwaltung die Planungen hierfür erarbeitet, eine Fertigstellung bis zum Sommer dieses Jahres ist aber nicht zu erwarten.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann erinnert in seinen ergänzenden Ausführungen an die Prioritätenliste, in der die Straßen nach ihrem Erhaltungszustand aufgeführt sind. Es müssen die präzisen Richtlinien des Landes abgewartet werden und dann wird mit dem Programm begonnen.

Im Ergebnis der Diskussion zieht Stadtrat Heynemann, Fraktion CDU/BfM den Antrag A0020/11 **zurück**.

- | | | |
|--------------------|---|----------|
| 6.30. | Hochschulaustauschprogramm mit Partnerstädten | A0029/11 |
| Fraktion DIE LINKE | | |

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, bringt den Antrag A0029/11 ein.

Stadtrat Czogalla, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0029/11 in die Ausschüsse RWB, BS, VW – ein, der durch Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, um den Ausschuss Juhi und Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, um den Ausschuss K ergänzt wird.

Gemäß ergänztem GO-Antrag des Stadtrates Czogalla, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Der Antrag A0029/11 wird in die Ausschüsse RWB, BSS, VW, Juhi und K überwiesen.

7. Einwohnerfragestunde

Gemäß § 27 Abs. 2 der Gemeindeordnung LSA führt der Stadtrat zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.

Die Vorsitzende erteilt den Mädchen und Jungen, die als Vertreter des Medientreffs „Zone“ die von ihnen erstellte Kinderzeitung „Magdewood“ im Stadtrat verteilen, das Wort. Sie würdigt ausdrücklich die tolle Arbeit und die Mühe, die die Kinder auf die Erstellung der Zeitung verwandt haben.

Kinder des Medientreffs „Zone“:

Guten Tag! Wir sind die Redaktion „Magdewood“. Wie wir auf den Namen gekommen sind – das haben wir einfach kombiniert mit „Magdeburg“ und „Hollywood“ und dann ist „Magdewood“ entstanden. Die Zeitung ist von Kindern für Kinder gewidmet. In der Zeitung haben wir verschiedene Rubriken und auch ein Interview mit Herrn Dr. Lutz Trümper.

Wir treffen uns seit September täglich einmal die Woche regelmäßig und an der Redaktion nehmen insgesamt elf Kinder teil von 10 bis 12 Jahren.

Herr Ralf Thiem, wohnhaft in 39106 Magdeburg, Telemannstraße 6

Ralf Thiem, Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren Stadträte.

Vor zwei Tagen war im AMO eine große Diskussionsrunde angesetzt, an der es leider zu einem Eklat gekommen ist, an der auch ein Vertreter dieses Stadtparlamentes beteiligt war, der Herr Gärtner, Matthias. Leider ist er heute nicht hier, sonst hätte ich ihn persönlich befragt und ich möchte Sie bitten oder die Anfrage stellen, ob das Verhalten des Herrn Gärtner auf dieser Veranstaltung nicht durch eine Missbilligung oder eine Rüge des Stadtparlamentes ausgedrückt werden kann bzw., da ja diese Veranstaltung die Stadt Magdeburg mit diesem „Ausflippen“ von den Rechten wieder in Negativschlagzeilen gebracht hat, halte ich das also für gerechtfertigt. Ich bin natürlich kein Antragsteller aber ich kann nur darum bitten, zu agieren.

Antwort des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE

Sehr geehrter Herr Thiem, vielen Dank heute für diesen Beitrag, der uns eigentlich, glaube ich, so ein bisschen in diesem Sitzungsgeschehen einholt, mal wieder an eine Frage zu denken, die nicht auf unserer Tagesordnung heute steht, aber sehr wichtig ist.

Ich denke, wir werden heute diese Frage nicht wirklich beantworten können aber in die Fraktionen mitnehmen, meine Damen und Herren der anderen Stadtratsfraktionen, die Sie alle vertreten und ich denke, dort auf Ebene der Fraktionsvorsitzenden aber auch natürlich der Fraktionen an sich diskutieren und sehen, wie wir mit Ihrem Vorschlag umgehen werden. Das ist das Mindeste, was wir tun können, was wir auch tun wollen.

Wir haben vorhin dankenswerterweise durch die Stadtratsvorsitzende einen gemeinsamen interfraktionellen Wahlauf Ruf hier verlesen bekommen, den wir hier alle gemeinsam verfasst haben. Da haben wir um Worte gerungen, das ist manchmal gar nicht so einfach, weil ja auch bestimmte Dinge gesagt werden müssen. Den haben wir hier zustande gekriegt, da sind wir auch stolz drauf und der greift so ein bisschen das auf, was Sie vorhin gesagt haben, dass wir unbedingt natürlich möchten, dass die Menschen von ihrem Wahlrecht, von ihrem Grundrecht, zur Wahl zu gehen, auch Gebrauch machen, aber nicht nur das, sie sollen natürlich Parteien

wählen, die tatsächlich demokratisch auf dem Boden unseres Grundgesetzes stehen und für eine Politik der Offenheit und Toleranz eintreten.

Und in diesen Kontext passt Ihr Anliegen ja genau rein. Und wir werden in der Arbeitsgruppe, die wir hier im Rathaus haben, die sich auch mit solchen Fragen auseinandersetzt, das mit aufnehmen und gemeinsam mit dem Stadtrat dann eine Antwort für Sie erarbeiten und sehen, wie wir agieren. Vielen Dank noch mal.

Antwort des Stadtrates Herbst, Fraktion Bündnis90/Die Grünen

Ja, Herr Thiem, ich möchte mich auch nur ganz kurz im Namen meiner Fraktion für Ihr Ansinnen bedanken. Ich denke, solche aufmerksamen Bürgerinnen und Bürger kann man sich nur wünschen, die auch an ihren Stadtrat dann heran treten und bei solchen Fällen, die Manche vielleicht kleinreden, eine Reaktion der gewählten Vertreter auch erwarten.

Das finde ich sehr sehr gut.

Ich denke, auch wenn die NPD nicht verboten ist, darf man sich nie damit abfinden, dass sie eben keine demokratische Partei ist und somit eben auch keine Legitimation hat, wie Demokraten behandelt zu werden.

Und auch keine Legitimation hat, dass man sich mit ihr auf Podien, Wahlpodien oder im Stadtrat einfach wie mit allen anderen auseinandersetzt. Das ist zumindest meine Auffassung und ich denke, auch die Auffassung der Anwesenden hier im Raum.

Insofern kann ich mich dem anschließen, was Herr Müller gesagt hat. Wir nehmen das auf und werden beraten, das muss man ja auch rechtlich erstmal schauen, welche Möglichkeiten haben wir da überhaupt, irgendwas zu sanktionieren. Wir werden das beraten und werden uns dann an Sie wenden und das sicherlich auch öffentlich kommunizieren, wie wir vorgehen wollen. Also Danke noch mal.

Antwort des Stadtrates Salzborn, Fraktion CDU/BfM

Ich bin an dem Tage bei der Veranstaltung nicht dabei gewesen, weiß also nicht richtig, was da vorgefallen ist.

Aber ich möchte mal was Grundsätzliches dazu sagen. Immer und immer wieder müssen wir uns mit diesen Themen beschäftigen. Immer und immer wieder muss unsere Polizei in vorderster Front stehen und die verschiedenen Fraktionen da auseinander halten, sich rüpelhaften Anfeindungen ausgesetzt sehen. Ich meine, wir sollten wirklich hier alle zusammen stehen und sagen, hier gehört ein ganz klares Verbot her und dazu müssen die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden, daran ist es letztlich gescheitert.

Das darf man nicht Gerichten überlassen, wie damit umzugehen ist, sondern da muss man wirklich sagen, das wollen wir nicht, wir verbieten das und dann gibt es so was nicht in Parlamenten.

Ich halte das wirklich für eine ganz wichtige Sache. Da sollten wirklich alle überparteilich zueinander stehen und nach vorn bringen. Danke.

Antwort des Stadtrates Bromberg, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!

Sie haben ja auch an der Reaktion des gesamten Stadtrates gemerkt, dass Sie eigentlich offene Türen einlaufen und dass das ein Feld ist, das uns auch sehr stark beschäftigt. Dadurch, dass es unterschiedliche Ebenen sind, die das betrifft – das war ja eine Wahlkampfveranstaltung für den Landtag, es war hier nicht der Stadtrat unmittelbar betroffen – und das macht die Sache so schwer. Das hat ja Herr Herbst auch schon gesagt, eine rechtliche Wertung und Einordnung und dann auch die entsprechende Reaktion zu finden. Aber es ist auch von Herrn Müller gesagt worden, wir müssen und wir werden uns damit befassen und ich denke mal, dass wir auch eine vernünftige Lösung und auch eine einvernehmliche Lösung über alle Fraktionen hinweg da

zustande bekommen. Aber Danke für Ihre Wortmeldung hier. Das ist schon sehr wichtig, dass es nicht nur aus unseren Reihen heraus kommt sondern dass es auch von Außen zu sehen ist, dass man sich damit befasst.

Antwort des Stadtrates Hans-Jörg Schuster, FDP - Fraktion

Angesichts der braunen Bedrohung von rechts dürfen wir nicht einfach zur Tagesordnung übergehen, sondern müssen uns mit den Mitteln unseres demokratischen Rechtsstaates gemeinsam dagegen zur Wehr setzen.

Herr Thiem

Frau Vorsitzende, Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, ich würde empfehlen, dass mein Ansinnen im Verwaltungsausschuss bei der nächsten oder übernächsten Sitzung mit auf die Tagesordnung genommen wird. Danke.

8. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

8.1. Schriftliche interfraktionelle Anfrage F0036/11

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

in den letzten Wochen vor anstehenden Wahlen ist die Landeshauptstadt in besonderer Art und Weise verpflichtet, dem Neutralitätsgebot nachzukommen und grundsätzlich kommunale Einrichtungen nicht für Wahlkampfveranstaltungen zur Verfügung zu stellen.

Wir verweisen auf Ihre Grundsatzentscheidung zur Nutzung von Räumen der Landeshauptstadt Magdeburg für parteipolitische Veranstaltungen vom 12. Januar 2006 nebst Verfügung. Diese Verfügung ist wohl angesichts der nachstehend aufgeführten Beispiele kaum mehr als Makulatur, das Abstandsgebot eine Sache der Auslegung. Ihre Grundsatzentscheidung wird umgangen.

Beispielhaft seien hier angeführt:

Gesundheitspolitisches Forum am 18. Februar 2011 im Foyer des Klinikums mit den SPD-Politikern Prof. Lauterbach, N. Bischoff, B. Lischka, J. Rösler und zwei Fachvertretern

Forum Frauentag am 8. März 2011 im Alten Rathaus, veranstaltet von der Fraktion SPD-

Tierschutzpartei, future! und der SPD-Landtagsfraktion mit angekündigten Redebeiträgen von den SPD-Politikern Dr. Trümper, Fr. Budde, Fr. Wübbenhorst, Hr. Rösler und der Mitarbeiterin der Verwaltung Fr. Ponitka

das Regionalfernsehen MDF.1 berichtete am 23. Februar 2011 von einer Veranstaltung, die am gleichen Tag in der IGS Willy Brandt mit ca. 60 Schülern der 11. Klassen stattgefunden hat und an der als „Abwechslung zum üblichen Unterricht“ die SPD-Politiker S. Gabriel, N. Bischoff, J. Rösler und Ch. Hausmann den Schülern Rede und Antwort standen (siehe

<http://www.mdf1.de/news/23Februar-866.html>)

Daher stellen wir Ihnen folgende Fragen

1. Welche Kriterien legt die Stadtverwaltung bei der Bereitstellung von Ressourcen (wie Räumen und/oder Personal) bei Veranstaltungen von Parteien oder Wählervereinigungen in den 6 Wochen vor einem Wahltermin an? Wer legt die anzuwendenden Kriterien fest?
2. Wie beurteilt der Oberbürgermeister die Durchführung einer zweistündigen Veranstaltung des SPD-Bundesvorsitzenden, des SPD-Landesgesundheitsministers und von zwei SPD-Landtagskandidaten in einer Magdeburger Schule mit 60 Schülern der 11. Klassen nicht einmal mehr 4 Wochen vor der anstehenden Landtagswahl - während einer anderen Partei eine vergleichbare Veranstaltung in der Johanniskirche mit Verweis auf das Neutralitätsgebot verwehrt wurde?
3. Wie verträgt sich dieses Verhalten der Stadtverwaltung mit dem Neutralitätsgebot?
4. Welche Schlussfolgerungen und Konsequenzen ziehen Sie aus den bisherigen Verstößen gegen Ihre eigenen o. gen. Festlegungen/Verfügungen?

Neben einer umfassenden mündlichen Beantwortung bitten wir um eine ausführliche schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper

In seiner Antwort geht der Oberbürgermeister ausführlich auf die Hintergründe ein und betont, dass er sich an seine eigene Verfügung vom 12.01.2006 zu jedem Zeitpunkt strikt gehalten hat. Im Folgenden belegt er dies punktuell.

1. Gesundheitspolitisches Forum am 18.02.2011 im Klinikum Magdeburg

Der Oberbürgermeister erläutert, dass diese Veranstaltung außerhalb der in der Verfügung erwähnten 4-Wochen-Ausschlussfrist lag und deshalb keinerlei Verstoß gegen die Verfügung vorliegt.

2. Veranstaltung des SPD-Bundesvorsitzenden in der IGS „Willi Brandt“

Der Oberbürgermeister stellt fest, dass er von dieser Veranstaltung im Vorfeld keinerlei Kenntnis hatte. Im Übrigen habe er als Oberbürgermeister bezüglich Veranstaltungen, die während der Schulzeit stattfinden keinerlei Entscheidungs- oder gar Weisungsbefugnis.

3. Forum Frauentag am 08.03.2011

Der Oberbürgermeister führt aus, dass diese Veranstaltung als Veranstaltung der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! angemeldet und ein entsprechender Nutzungsvertrag mit der Fraktion abgeschlossen wurde. Dass die Fraktion weitere Gäste aus der Politik eingeladen hatte, ist nicht Gegenstand des Vertrages und kann, so betont der Oberbürgermeister, nicht ihm angelastet werden.

Ergänzende Antwort der Vorsitzenden des Stadtrates, Stadträtin Wübbenhorst

Meine Damen und Herren, und ich möchte gleich darauf antworten.

Für mich persönlich, weil ich ja da mit drauf stehe.

Ich wurde als Vorsitzende des Stadtrates gefragt, ob ich zu einer Frauentagsfeier eine Rede halten würde, hier im Rathaus, von Frau Ponitka. Und da habe ich zugesagt. So. Da habe ich noch keinen Ablaufplan gehabt oder dergleichen mehr. Als ich dann zurück kam aus Afrika, da habe ich den Ablaufplan gesehen. Und auch meine persönliche Befindlichkeit erklärt.

Ergänzende Frage des Stadtrates Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wir haben seit Januar beispielsweise als Bürgerinitiative „Lebenswerte Innenstadt“ eine Versammlung oder eine Pro- und Contra-Veranstaltung machen wollen und die haben wir auch gemacht am letzten Dienstag und die war auch gut besucht und da waren die Kandidaten auch

der SPD da und ich habe darum gekämpft, dass die Tunnelbefürworterposition der Stadt von Herrn Dr. Scheidemann oder wem auch immer vorgetragen wird. Und dann haben wir von Herrn Dr. Scheidemann einen Brief bekommen, der mit Ihnen abgestimmt war, wie mir Herr Dr. Scheidemann gesagt hat, „das geht nicht“, obwohl das keine Wahlkampfveranstaltung der Grünen war. Ich betone das. Es war eine Veranstaltung des City Carrés, bei der alle fünf Bundestagsparteien Auskunft gegeben haben, wie sie zu dem Thema stehen, wenn dann die Finanzierung im Landtag eine Rolle spielt von diesem ganzen Projekt. Und da haben wir diesen Brief bekommen. Und jetzt ist Frau Ponitka praktisch von Ihnen als Mitarbeiterin, die darf auf eine SPD-Veranstaltung, praktisch auftreten. Da ist doch ein Zusammenhang, der nicht stimmt. Frauentag hin oder her. Es ist sogar innerhalb dieser Vier-Wochen-Frist, die hier praktisch vom Oberbürgermeister eben noch mal wieder gegeben wurde. Das ist doch die Situation. Hier wird ganz eindeutig für eine Partei das Recht gebrochen, was sie selbst gelegt haben.

Ergänzende Antwort des Stadtrates Bromberg, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!

Von den angeführten Beispielen hat ja der Oberbürgermeister, haben Sie ja schon ausgeführt, die Liste bis auf diese Frauentagsveranstaltung der Zeitraum innerhalb dieser Vier-Wochen-Frist und als ich die Einladung für diese Veranstaltung unterschrieben habe, war für mich zumindest der Rahmen erstmal so gegeben, dass wir einen ganz festgelegten Personenkreis hier einladen. Eine Wahlkampfveranstaltung ist ja eine öffentliche Veranstaltung, wo ich natürlich auch viel Publikum haben möchte. Das haben wir nicht gemacht, sondern wir haben die Damen der jetzigen Stadtratsfraktionen, die Damen damals vertreten auch in den vorhergehenden Stadtratsfraktionen, eingeladen. Wir haben einen ganz festgelegten Personenkreis sicherlich ausgewählt, auch aus unserer Richtung, das ist klar. Wir haben auch die Konsulin eingeladen, steht ja auch so drin. Und ich denke mal, der Charakter einer Wahlveranstaltung ist ein öffentlicher Charakter und das war für mich das Kriterium, dass wir hier nicht das Rathaus und den Rathaussaal nutzen, zu einer öffentlichen Veranstaltung, wo wir uns als SPD präsentieren wollen. Es ist quasi ein geschlossener Kreis. Das muss man erstmal voran stellen. Was nicht korrekt ist, wir sind zwar Einladende aber es steht auch als Einladende drinnen die Landtagsfraktion der SPD und das kritikwürdig in jedem Fall, das haut so nicht hin. Wenn wir es denn, so, wie es ursprünglich geplant war, tatsächlich als Fraktion, als Stadtratsfraktion hier vertreten müssen, anders wäre es nicht gegangen. Da gebe ich Ihnen zu 100 %ig Recht. Wir werden keine Konsulin ausladen und wir werden auch die ehemaligen und aktuellen Mitarbeiter oder Vertreter des Stadtrates nicht wieder ausladen wollen und der 8. März fällt leider nun mal in eine Zeit und auch in einem Wahljahr, auf den 8. März. Also das Datum kann man nicht verschieben.

Ergänzende Ausführungen des Stadtrates Theile, Fraktion DIE LINKE

Frau Vorsitzende, meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Oberbürgermeister. Ich denke jeder im Saal, wir sind ja jetzt eigentlich beim Tagesordnungspunkt Anfragen. Es wurde eine Frage gestellt, eine Anfrage, der Oberbürgermeister hat geantwortet. Ich denke, Herr Oberbürgermeister und meine Damen und Herren der SPD-Fraktion, Sie haben aus den, naja, sage ich mal nicht ganz so disziplinierten Äußerungen hier aus dem Saal deutlich entnommen, dass irgend etwas an Ihrem Verhalten hier nicht zu stimmen scheint. Ich habe das Gefühl und ich möchte das auch eindeutig im Namen meiner Fraktion sagen, wir schätzen Herrn Oberbürgermeister eigentlich als ein sehr sachliches, überlegtes Stadtoberhaupt. Wir müssen Ihnen aber dennoch sagen, Herr Oberbürgermeister, Sie stellen sich hier her, unterstützt von Ihrer Fraktion und tun so, als ob ein paar Dinge, die ganz offensichtlich nicht miteinander im politischen Konsens hier vereinbart sind, ganz normal sind und versuchen das mit bestimmten Dingen zu gerechtfertigen. Ich möchte daher, sehr geehrte Frau Vorsitzende, folgende persönliche Stellungnahme abgeben, Erklärung abgeben:

Die Fraktion Die Linke hat mit erheblichen Befremden zur Kenntnis genommen, dass in der Landeshauptstadt Magdeburg möglicherweise mit Wissen und mit Duldung des Oberbürgermeisters Dr. Trümper öffentliche Gebäude und Einrichtungen für Veranstaltungen mit deutlich tendenziellem Wahlkampfcharakter seiner Partei genutzt bzw. genutzt werden sollen. Mit Verweis auf die Darlegung der interfraktionellen Anfrage ist hier insbesondere gemeint, 1. das gesundheitspolitische SPD-Forum am 18.02.2011 im Foyer des Städtischen Klinikums, 2. die SPD-Veranstaltung am 23.02.2011 in der IGS „Willi Brandt“, 3. aufgrund nicht nur Mitgliedern meiner Fraktion vorliegender Einladung gehe ich davon aus, dass mindestens eine weitere Veranstaltung in einem öffentlichen Gebäude vorgesehen ist, die ihrem Anschein nach zumindest deutliche Züge einer SPD-Wahlkampfveranstaltung trägt. Gemeint ist hiermit die SPD-Veranstaltung aus Anlass des Frauentages am 08.03.2011 im Alten Rathaus, die aus meiner und der Sicht der Mitglieder meiner Fraktion, abgesehen vom Veranstaltungsort in einem öffentlichen Gebäude, noch eine Reihe weiterer – und ich sag das mal so, bemerkenswerter inhaltlicher Fragestellungen aufwirft, zu denen sich bereits im Vorfeld fraktionsübergreifend eine Reihe von Stadträtinnen und Stadträten mit Empörung an die Veranstalter gewandt haben bzw. noch wenden werden. Es ist weder mein persönliches Ziel noch das Ziel meiner Fraktion im Rahmen der vorliegenden interfraktionellen Anfrage die Wählerinnen und Wähler Sachsen-Anhalts und der Landeshauptstadt Magdeburg mit so genanntem Parteiengezänk – und das kriegt hier diesen Charakter – über Wahlkampfveranstaltungen einer Partei in der Landeshauptstadt zu unterhalten. Wir betrachten es aber in einer demokratischen Gesellschaft als überaus wichtig, dass allgemein anerkannte, miteinander vereinbarte und gelebte Regeln des politischen Umgangs auch in der Landeshauptstadt Magdeburg auch im Zuge des Landtagswahlkampfes 2011 beachtet und eingehalten werden. Hierzu zählen wir ganz besonders auch die demokratisch miteinander vereinbarten Regeln und Verfahrensweisen zum Umgang mit Partei- und Wahlkampfveranstaltungen, die nach dem Willen der jeweiligen Veranstalter in öffentlichen Gebäuden durchgeführt werden sollen. Sinn und Zweck dieses von der Stadtratsfraktion Die Linke in jeder Hinsicht begrüßende und unterstützende Konsens ist es u. A., die im Wahlkampf nicht unbedeutenden räumlichen und materiellen Umfeldbedingungen Voraussetzungen für die politische Meinungsbildung und der Bürgerinnen und Bürger für alle Bewerberinnen und Bewerber sowie für alle Parteien gleich bzw. neutral zu gestalten. Diesen Konsens, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, werden Veranstaltung ihrer Partei mit nicht zu übersehendem Wahlkampfcharakter, welche in öffentlichen Gebäuden stattfanden und stattfinden sollen, aus meiner und der Sicht meiner Fraktionskolleginnen und -kollegen in keiner Weise gerecht. Ihr durchaus als Alibiversuch für die Rechtfertigung ihres Handelns als Verwaltungschef und SPD-Mitglied gegenüber anderen Parteien sowie dem eigenen Klientel ansehbarer Schriftwechsel vom 23.02.2011 und 01.03.2011 mit dem Vorsitzenden der SPD/Tierschutz/future!-Fraktion ändert nach meiner Ansicht meiner Fraktion überhaupt nichts daran, dass wir ihr Handeln im Amt mit den Maßstäben der von Ihnen persönlich erlassenen Verfügung vom 12.01.2006 zu bemessen und zu beurteilen haben. Sie haben es vorhin selbst zitiert. In dieser von Ihnen erfassten, erlassenen Verfügung heißt es wörtlich: „In Räumen der Schulen und Kindergärten der Landeshauptstadt Magdeburg, dem Rathaus und in der Johanniskirche finden grundsätzlich keine parteipolitischen Veranstaltungen statt, finden grundsätzlich keine parteipolitischen Veranstaltungen statt.“ Und da spielt es keine Rolle, ob es vormittags ist, nachmittags, während der Schulzeit oder nach der Schulzeit. So steht es jedenfalls im Grundsatz. Vor diesem Hintergrund erwarten wir, nicht nur vom Chef der Stadtverwaltung, sondern in Personalunion auch und ganz besonders vom ersten Präsentanten unserer Landeshauptstadt, dass er zu Zeiten des demokratischen Wettstreits unpolitische Konzepte, Argumente und Wählermeinungen in Ausübung seines Amtes, insbesondere zu fragen der Gestattung von Partei- und Wahlkampfveranstaltungen in öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen mit der dem Amt angemessenen Distanz, Neutralität und Konsequenz agiert und entscheidet. Im eigenen Namen und im Namen der Mitglieder meiner Fraktion möchte ich Ihnen gegenüber, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, mit Nachdruck zum Ausdruck bringen, dass wir nicht gewillt sind, bei der Zurverfügungstellung öffentlicher Gebäude und Einrichtungen einer wie auch immer gearteten einseitigen Bevorteilung nur einer Partei stillschweigend weiter zuzusehen. Bezogen auf die eingangs benannten Sachverhalte möchte ich Sie auffordern

nunmehr unverzüglich alle ihnen derzeit vorliegende Anträge zur Durchführung von Veranstaltungen in öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen mit einer dem hier zu bestehenden überparteilichen Konsens entsprechenden engen Auslegungen Ihrer Verfügung vom 12.06.2006 kritisch zu beleuchten und kurzfristige Entscheidungen zu treffen. Aus meiner und aus unserer Sicht bedeutet dies für Sie, gegebenenfalls bereits als getroffene Entscheidungen korrigieren zu müssen.

Ergänzende Antwort des Oberbürgermeisters, Herrn Dr. Trümper

Der Oberbürgermeister betont nochmals ausdrücklich, dass er in keiner Weise gegen seine eigene Verfügung verstoßen hat.

Er erklärt weiterhin, dass der von Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE angeführte politische Konsens bezüglich bestimmter Verhaltensweisen bei der Nutzung von kommunalen Einrichtungen nicht existiert. Als Oberbürgermeister ist er seine Regelungspflicht bezüglich der Verwaltungsgebäude hinreichend nachgekommen.

Im Folgenden ergänzt er seine Äußerungen bezüglich der Veranstaltung in der IGS Willy Brandt. Er führt aus, dass ihm vom FBL 40 i.V. des Bürgermeisters soeben mitgeteilt wurde, dass die Schulleiterin die Genehmigung für die Veranstaltung direkt bei ihrem Dienstvorgesetzten, dem Landesverwaltungsamt erhalten hat.

Mündliche Anfrage des Stadtrates Nordmann, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!

Ich habe eine Anfrage, die nicht schriftlich vorliegt und zwar ist mir zu Ohren gekommen, dass der Stadtratsbeschluss zur Fortführung des Monitorings im Sanierungsgebiet Buckau bisher nicht umgesetzt wurde und vielmehr wohl die Problematik bestehen soll, dass dieser Beschluss auch nicht in der gewünschten Form, wie er erfolgt ist, umgesetzt werden soll.

Dazu bitte ich um ausführliche mündliche Antwort und schriftliche Antwort. Dankeschön.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr, Herrn Dr. Scheidemann

Der Beigeordnete geht in seiner Antwort auf die geplante Erweiterung des Berichtszeitraums auf zwei Jahre ein, betont aber ausdrücklich die Bedeutung des Monitorings für den laufenden Evaluierungsprozess.

Nachfrage des Stadtrates Nordmann, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!

Ist noch eine Nachfrage gestatten, Frau Vorsitzende? Also es ist doch so. Dass das Monitoring, was im Sanierungsgebiet Buckau durchgeführt wurde, was begonnen wurde im Rahmen der Landesinitiative Urban-21, mit Fug und Recht, als das umfangreichste Monitoring, was wir in ganz Sachsen-Anhalt, möglicherweise sogar bundesweit sehen können. Jetzt stellt sich mir doch die Frage, warum das in dieser Form nicht, wie auch im Stadtrat beschlossen, weitergeführt werden soll.

Wenn ich Sie richtig verstehe, soll jetzt etwas in einen anderes Projekt eingebettet werden, aber ich habe eher die Sorge, dass die Qualität und darum geht es mir, des bestehenden Monitorings, in der Form möglicherweise nicht weitergeführt wird. Und es ist für mich nicht nachvollziehbar, warum hier jetzt dran rumgedoktort wird, denn die Qualität ist so gut, dass sie mit Sicherheit auch die Städtebauförderung ohne Probleme belegen kann. Also die Erfolge der, durch die Städtebauförderung eingesetzten Mittel belegen kann. Insofern bitte ich nochmal und appelliere auch nochmal darum, dass dieses Monitoring in der bisherigen Form weitergeführt

wird, bis zum Abschluss der Maßnahme, wie Sie grade gesagt haben, um damit auch die Qualität der Städtebaufördermittel darzulegen. Dankeschön.

8.2. Schriftliche Anfrage F0029/11 des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

im Stadtteil Neu Olvenstedt vollzieht sich seit mehr als einem Jahrzehnt ein Stadtumbau der magdeburgweit die größten Ausmaße hat. Tiefe Einschnitte haben eine Vielzahl unterschiedlichster Maßnahmen bei den Anwohnern hinterlassen, insbesondere bei jenen, die seit vielen Jahren dort leben und die verschiedenen Etappen der Umgestaltung hautnah miterlebt haben, weil sie nicht weggezogen oder gar abgewandert sind. Gerade diese Menschen sind es doch, die dieses Wohngebiet ausmachen und Identität stiften. Dabei ist unverkennbar, dass schon vieles erreicht wurde. Aber eben auch noch lange nicht alles! Aktuell sind mehrere Maßnahmen im Fluss. Stellvertretend seien die Umgestaltung im Bereich von „Olven 1“ oder auch der Umbau der MVB-Endhaltestelle genannt. Hinzu kommen nicht wenige Einzelmaßnahmen örtlicher Vermieter. Trotz unterschiedlichster Medien fühlen sich leider viele Anwohner nicht umfassend informiert und beteiligt. Selbst die Bürgerinitiative Olvenstedt beklagt Informationsdefizite und Kommunikationsverluste, die mglw. in der Vielfalt der Umbaumaßnahmen begründet liegen können. Da Transparenz unmittelbar aber zum Leitbild der LH Magdeburg von einer bürgerfreundlichen Kommune gehört, sollte die bereits bewährte Form der Lenkungsgruppe genutzt werden, um den gewünschten Informationsbedürfnissen zu entsprechen.

Ich frage daher den Oberbürgermeister:

Sind Sie mit mir der Ansicht, dass es sinnvoll ist, die Lenkungsgruppe Neu Olvenstedt zu reaktivieren und insbesondere zur besseren Informationspolitik der Anwohnerinnen und Anwohner arbeitsfähig zu machen?

Wenn ja, wann und in welcher Form wird sie sich konstituieren?

Ich bitte um kurze mündliche und ausführliche schriftliche Beantwortung.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr Herrn Dr. Scheidemann

In seiner Antwort geht der Beigeordnete auf die Gründe für die Schaffung der Lenkungsgruppe ein.

Insbesondere seien das die Fördermittelprogramme und die Steuerung von Finanzierungsmitteln. Dieser ganze Bereich sei aber weggefallen.

Die jetzigen Prozesse betreffen den Umgang mit dem Eigentum der Wohnungsunternehmen, wie z.B. die Freiflächen und deren Nachnutzungen.

Er betont, dass die Einsetzung eines Quartiersmanagers zweckmäßig ist.

Nachfrage des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE

Oliver Müller, Die Linke. Sehr geehrte Frau Vorsitzende, Herr Dr. Scheidemann, vielen Dank für die Antwort, aber Stichwort Quartiersmanager ist natürlich nochmal eine Nachfrage wert. Darf ich die Gelegenheit nutzen, nachzufragen, wie weit denn der Stand des Ausschreibungsverfahrens ist? Ab wann ist denn mit dem Einsatz des Quartiersmanagers oder der -managerin vielleicht sogar zu rechnen und inwieweit ist denn angedacht, eventuell den Stadtrat oder eines seiner Gremien daran zu beteiligen? Also diese Frage haben Sie sich ja nun selbst, Entschuldigung, wenn ich das so sagen darf, verursacht.

Antwort des Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr Herrn Dr. Scheidemann

Der Beigeordnete erläutert, dass derzeit das Ausschreibungsverfahren läuft. Über das Ergebnis wird umfassend nach deren Abschluss im Ausschuss StBV berichtet.

8.3 Schriftliche Anfrage F0037/11 des Stadtrates Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Sehr geehrter Oberbürgermeister,

der Bundestag und Bundesrat haben in den letzten Tagen im Rahmen der ALG-II-Reform Leistungen zur gesellschaftlichen Teilnahme und Bildung für Kinder in Haushalten mit geringem Einkommen oder Transfereinkommen beschlossen. Die Federführung in der Umsetzung liegt bei den Kommunen.

Ich frage Sie deshalb:

1. Wie soll die Organisation der Umsetzung des sogenannten „Bildungspaketes“ in Magdeburg erfolgen?
2. Welche Maßnahmen werden ergriffen, die Berechtigten dieser Leistungen über ihre Möglichkeiten zu informieren? Welche Öffentlichkeitsarbeit ist geplant? Wie sollen die Betroffenen erreicht werden, die nicht im ALG-II-Bezug sind und trotzdem einen Leistungsanspruch haben?
3. Welche kurzfristigen Maßnahmen sind geplant, um mit den Leistungserbringern (Essensanbietern, Sport- und Freizeitangeboten usw.) Verfahrenswege der Abrechnung der Leistungen zu vereinbaren? Sind Gutscheine, Auszahlungen oder Verrechnungen geplant? In welchen Fällen / bei welcher Leistungsart wird welcher Verfahrensweg bevorzugt angestrebt? Gab es erste Gespräche mit Leistungsanbietern? Mit welchem Ergebnis?
4. Wie wird berücksichtigt, dass Ansprüche, die rückwirkend ab dem 01.01.2011 beantragt werden können, zeitnah gestellt werden können (und wo?), ohne, dass es aus organisatorischen Gründen zum Leistungs(ausgleich)verlust kommen kann?

Ich bitte um eine kurze mündliche und ausführliche schriftliche Beantwortung.

Antwort des Oberbürgermeisters, Herrn Dr. Trümper

In seiner Antwort verweist der Oberbürgermeister darauf, dass das Verwaltungsverfahren noch völlig ungeklärt ist. Das Gesetz sei auch noch nicht vom Bundespräsidenten unterschrieben worden.

Er kündigt an, am kommenden Dienstag an einer Informationsveranstaltung im Bundesministerium für Arbeit und Soziales teilzunehmen.

Nachfrage des Stadtratesr Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ist denn geplant, dann eine Fachveranstaltung von Seiten des Sozialdezernats zu machen, wenn das klar ist, damit auch eine breite Basis von Interessierten darüber in Kenntnis gesetzt wird? Das wäre ja dann Minimum, sage ich mal, dass die, die es betrifft, auch auf dem Laufenden gehalten werden.

Ergänzende Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper

In seiner ergänzenden Antwort sichert der Oberbürgermeister dies zu und stellt klar, dass das Verfahren nur auf Antrag des Betroffenen beginnt.

Derzeit würde die Verwaltung diese Anträge sammeln und mit Inkrafttreten des Gesetzes entscheiden, wie weiter verfahren wird. Er deutet an, dass möglicherweise Leistungen, die der Antragsteller dazuverdient, gegen gerechnet werden müssen.

Stadtrat Haller, FDP – Fraktion, verweist in seinen Ausführungen auf seine fast identische Anfrage F0032/11 und bedauert, dass keine interfraktionelle Anfrage von Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angeregt wurde.

8.4. Schriftliche Anfrage F0026/11 des Stadtrates Wähnelt, Bündnis 90/Die Grünen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

In Stadtteilentwicklungskonzeptionen für die Neustadt sind die Flächen zu beiden Seiten der Eisenbahn nordöstlich des Bahnhofs Neustadt als Grünflächen (Gleispark) vorgesehen. Darüber hinaus soll die Fläche zwischen Gröperstraße und Eisenbahn in großem Umfang Ausgleichsfläche für Maßnahmen der DB AG im Zusammenhang mit dem Ausbau des Eisenbahnknotens Magdeburg werden. Die Planungen für die Gestaltung der Freiflächen dürften kurz vor ihrem Abschluss stehen.

Aus diesem Grunde hätten wir gern gewusst:

1. Welchen Stand haben die Planungen für die Freiflächen zwischen Gröperstraße und Eisenbahn? Wie sehen die Planungen inhaltlich aus?

2. Welche Maßnahmen sollen zur ökologischen Vernetzung (insbesondere im Bereich Schrote / Wasserkunststraße) erfolgen?
3. Wie ist die Einordnung eines dringend benötigten Radweges mit Anschluss an den künftigen Schroteradweg (im Bereich Wasserkunststraße) und an die Nord-Süd-Trasse Lüneburger-/ Lübecker Straße vorgesehen?

Ich bitte um mündliche und in jedem Fall ergänzende schriftliche / zeichnerische Beantwortung.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr Herrn Dr. Scheidemann

In seiner Antwort betont der Beigeordnete, dass Art und Umfang der Ersatzmaßnahmen, die sich aus dem Gesamtknoten Magdeburg ergeben, feststehen. Bekannt sei auch, welche Wegebeziehungen für die Wartungszwecke der DB AG in diesem Bereich notwendig sind. Die DB AG muss LKW mit einer Nutzlast von mindestens 7,5 Tonnen zu Wartungszwecken an die Gleisanlagen heranführen können. Die weiteren Abstimmungen über die inneren Wegebeziehungen seien noch nicht abgeschlossen.

8.5. Schriftliche Anfrage F0030/11 des Stadtrates Dr. Hörold, FDP-Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

am 4. März 2011 findet die konstituierende Sitzung des Seniorenbeirates statt. Lt. Satzung ist er ein Gremium der Landeshauptstadt Magdeburg, dessen Mitglieder ehrenamtlich tätig sind. Die Rechte und Pflichten sind in der Satzung (Amtsblatt Nr. 28 vom 16. Juli 2010) definiert.

Ich habe zur konkreten Absicherung der Arbeit des Beirates nachstehende Fragen, die ich Sie bitte mündlich und ergänzend schriftlich zu beantworten.

1. Ist geplant, dem Seniorenbeirat – neben den in Paragraph 11 benannten Titeln - ein eigenes Budget zuzuweisen, aus dem er Auslagen finanzieren kann, die im Zuge der Erfüllung seiner Aufgaben anfallen (können)?
2. Wenn ja, in welcher Höhe soll die Summe beziffert sein?
3. In welcher Höhe werden Mittel und Leistungen frei, da die Zuständigkeit der Stadt für den Seniorenbeirat die für den Seniorenbeauftragten und Seniorenvertretung abgelöst hat?

Antwort des Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit Herrn Brüning

Der Beigeordnete führt in seiner Antwort aus, dass die für den Seniorenbeauftragten geplanten Mittel nun für den Seniorenbeirat zur Verfügung stehen. Konkret seien das Kosten für Büro, Telefon, Materialien usw. in Höhe von ca. 4.000 Euro. Außerdem seien im Haushaltsplan weitere Mittel in Höhe von 6.000 Euro im Budget des Amtes 50 geplant.

Zu den vorliegenden Anfragen F0023/11, F0028/11, F0031/11, F0033/11, F0034/11, F0035/11, F0038/11, F0040/11 und F0039/11 erfolgt die Antwort schriftlich durch die Verwaltung.

9. Informationsvorlagen

Die vorliegenden Informationen unter TOP 9.1 – 9.7 werden zur Kenntnis genommen.

9.2. Sachstand Schiffshebewerk

I0023/11

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dankt dem Oberbürgermeister Herrn Dr. Trümper für die Anfertigung des Schreibens an den Staatssekretär Herrn Prof. Klaus-Dieter Scheurle vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Er schlägt vor, eine Stiftung zu gründen mit dem Ziel, das Schiffshebewerk später zu übernehmen um dann den Instandsetzungsbedarf wahrzunehmen. Es handelt sich um ein Baudenkmal, welche auch steuerlich begünstigt ist. Er bittet den Oberbürgermeister Herrn Dr. Trümper, diese Möglichkeit zu prüfen.

Er informiert, dass das Dezernat III mit dem Verein zusammen am 30.04.11 einen weiteren Tag des Schiffshebewerkes von 12.00 – 16.00 Uhr durchführt.

9.5. Arbeitsstand zum Beschluss Nr. 2207-74(IV)08 - Teil "Magdeburger Solarsatzung"

I0318/10

Der angemeldete Redebedarf wird von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zurückgezogen.

9.7. Stadtteilreport der Landeshauptstadt Magdeburg 2010

I0324/10

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, bezeichnet die vorliegende Information I0324/10 als wichtig und interessant. Im Namen seiner Fraktion bittet er darum, die Ausschnitte den GWA's zur Verfügung zu stellen, die sie betreffen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Beate Wübenhorst
Vorsitzende des Stadtrates

Silke Luther
Protokollantin

Anlage 1 – Gemeinsamer Wahlauf Ruf des Stadtrates

Anwesend:

Vorsitzende/r

Wübbenhorst, Beate

Mitglieder des Gremiums

Ansorge, Jens

Bartelmann, Gregor

Biedermann, Ursula

Bock, Andreas

Boeck, Helga

Boeck, Hugo

Bork, Jana

Bromberg, Hans-Dieter

Budde, Andreas

Canehl, Jürgen

Czogalla, Olaf

Danicke, Martin

Giefers, Thorsten

Grünewald, Mario

Haller, Sven

Hans, Torsten

Hein, Rosemarie Dr.

Herbst, Sören Ulrich

Heynemann, Bernd

Hitzeroth, Jens

Hoffmann, Michael

Höroid, Helmut Dr.

Kraatz, Daniel

Krause, Bernd

Kutschmann, Klaus Dr.

Lischka, Burkhard

Meinecke, Karin

Meyer, Steffi

Müller, Oliver

Nordmann, Sven

Pott, Alexander Prof.Dr.

Reppin, Bernd

Rogée, Edeltraud

Rohrßen, Martin

Rösler, Jens

Salzborn, Hubert

Schindehütte, Gunter

Schoenberner, Hilmar

Schumann, Andreas

Schumann, Carola

Schuster, Frank

Schuster, Hans-Jörg

Schwenke, Wigbert

Siedentopf, Uta

Stage, Mirko

Stern, Reinhard

Szydzick, Claudia

Theile, Frank

Tietge, Lothar

Trümper, Lutz Dr.

Wähnelt, Wolfgang
Wendenkampf, Oliver A. Dipl. Biol.
Westphal, Alfred
Zimmer, Monika

Geschäftsführung

Ignatuschtschenko, Anne Dr.
Luther, Silke

Abwesend

Gärtner, Matthias
Hofmann, Andrea